Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben!

„Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 4. | Berlin, 23. Januar 1931. | 12. Jahrg.

Magistrat Elbing
Eing 24. JAN. 1931

Machtvolle Ostbund-Kundgebung in Berlin gegen die Polengreuel.

Massenbesuch. — Einmarsch von 40 Fahnen. — Begeisterter Widerhall der Reden. — Einstimmige Annahme eines scharfen Protestes. — Aufruf zum Burgfrieden. — Große Beachtung der hochpolitischen Rede des Staatssekretärs Freiherr v. Rheinbaben in der ganzen deutschen Presse.

Die Freitag den 16. Januar im größten Saal Berlins, der für diesen Abend zu erlangen war, in den Germania-Festsälen, abgehaltene Protestkundgebung des Deutschen Ostbundes gegen die Polengreuel und den Wahlterror gegenüber den Deutschen in Polen gestaltete sich zu einer machtvollen, wuchtigen Massenkundgebung, die in großer Einhelligkeit verlief und bei der die Empörung, die alle Volkskreise gegenüber den deutschfeindlichen Ausschreitungen in Polen erfaßt hat, mächtig zum Ausdruck kam. Sie gestaltete sich durch die hochpolitische bedeutsame Rede des Frhrn. v. Rheinbaben zu einem viel beachteten großen politischen Ereignis.

Obwohl zu gleicher Zeit die Deutschnationale Partei im Clou eine Ostmarkenkundgebung veranstaltete, war der Besuch ein so starker, daß der große Festsaal mit seiner riesigen Seitenempore gefüllt war und auch von der rings um den mächtigen Saal laufenden Galerie eine Masse Männer und Frauen der Kundgebung beiwohnte. An dem feierlichen Fahneneinmarsch beteiligten sich rund 40 Fahnen, Banner und Wimpel, denen das Bundesbanner des Deutschen Ostbundes mit seinen Losungen: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“ und „Für Freiheit, Heimat und Vaterland!“ vorangetragen wurde. Der Jungdeutsche Orden beteiligte sich mit 14 Bannern, die rechts und links von der Bühne Aufstellung nahmen, während die übrigen Fahnen auf der Bühne aufgestellt wurden. Die Versammlung verlief von Anfang an bis zu Ende würdig und erhebend. Die Reden waren abgestimmt auf einen ruhigen, sachlichen Ton, aber aus allen Reden schlug die Flamme der Empörung über die dem Deutschtum in Polen angetane Schmach immer wieder empor und entzündete die Herzen der Hörer, wie der immer wieder einsetzende stürmische Beifall bewies. Bundespräsident Ginschel erntete stürmische Zustimmung, als er nach herzlichen Begrüßungsworten die Notwendigkeit dieser Protestkundgebung kurz begründete, einen Gruß an die Brüder und Schwestern jenseits der Ostgrenze hinübersandte, betonend: „Ihre Not ist unsere Not, ihre Schmach ist unsere Schmach!“, und als er vor allem das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei und des Bekenntnisses aufrief, wenigstens in der Behandlung der für die Zukunft des Vaterlandes ausschlaggebenden Ostfragen Burgfrieden zu wahren. Herr Geheimrat von Tilly erinnerte an die 60-Jahr-Feier der Reichsgründung, beleuchtete eindrucksvoll Deutschlands Aufstieg und Niederbruch, betonte das Unglück, in das gerade der deutsche Osten hineingekommen ist, sowie die Mission des deutschen Volkes und die Notwendigkeit, im Osten in bezug auf die Wirtschaft und auf die Grenzverhältnisse Ordnung zu schaffen, und gab seiner Hoffnung auf den Wiederaufstieg Deutschlands und die Vereinigung des Deutschtums Mitteleuropas zu einem Groß-Deutschland der Zukunft packenden Ausdruck. Wie sehr er den Hörern aus den Herzen gesprochen hatte, bezeugte der stürmische Beifall, mit dem seine Ansprache aufgenommen wurde. Mit großer sachlicher Klarheit und Bestimmtheit umriß der Hauptredner, Staatssekretär a. D. Freiherr von Rheinbaben, den Fragenkomplex des deutsch-polnischen Problems, wies kurz auf die unhaltbare Ostgrenze hin sowie auf die systematische Entdeutschungspolitik und stellte die unerhörten Schandtaten gegen die Deutschen in Polen als ein Glied in die Kette dieser Entdeutschungsmaßnahmen hinein. Er vertrat mit größter Schärfe den Rechtsstandpunkt, der Deutschland in dieser Frage eine starke Stellung gibt, und betonte, daß das deutsche Volk hinter der Delegation in Genf steht, wenn sie mit aller Entschiedenheit vom Völkerbund die Wahrung des Rechtes der deutschen Minderheit verlangt. Diese Frage stehe zwar politisch nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Forderung auf Grenzrevision, aber niemand könne es dem deutschen Volke verdenken, wenn es diese letztere Forderung neben dem Verlangen nach Wahrung der Genfer Oberschlesien-Konvention und des internationalen Rechtes der Minderheitenschutzbestimmungen mit allem Nachdruck auch weiterhin vertrete, wobei der Redner betonte, wie sehr auch im Ausland der deutsche Standpunkt in beiden Fragen sich durchsetze. Die sehr sachliche, aber mit starkem Temperament vorgetragene Rede wurde oft durch stürmischen Beifall und Zustimmungsrufe unterbrochen und fand ganz besonderen Anklang am Schluß, als auch Freiherr von Rheinbaben sich mit leidenschaftlicher Energie für die Herstellung und die Wahrung des Burgfriedens in den Ostfragen einsetzte. Allen Teilnehmern wird der erhebende Abend unvergeßlich sein.

Über den Verlauf der Kundgebung

sei im einzelnen folgendes berichtet: Nach einleitender Konzertmusik und prächtigen Liedervorträgen des Sängerchors Caecilia-Melodia führte

Bundespräsident Ginschel

in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus: Die Kundgebung, in der die einmütige Verurteilung der polnischen Deutschenverfolgungen zum Ausdruck kommen soll, werde über den engen Raum des Saales hinauswirken in alle Teile des Reiches und solle auch in Genf gehört werden, wie andererseits aus allen Teilen des Reiches Zustimmungsschreiben und Begrüßungstelegramme zu dieser Kundgebung eingegangen seien. Der Redner gab aus der großen Zahl der Zuschriften, die von Ortsgruppen des Ostbundes, von befreundeten Verbänden, von politischen Parteien und zahlreichen Parlamentariern zu der Kundgebung eingegangen waren, einige bekannt, so z. B. die nachstehende Zuschrift der Ostbund-Ortsgruppe Kiel:

„Wir wünschen der Kundgebung einen guten Verlauf und vollen Erfolg. Mögen durch sie auch die Lauen und Unentschlossenen unter uns aufgerüttelt werden und sich die Front gegen die maßlose Hetze und Unterdrückung des Deutschtums in Polen schließen, damit unsere Brüder und Schwestern in den uns entrissenen Gebieten daraus neuen Mut schöpfen, auf ihrem vorgeschobenen, bedrohten Posten auszuharren, bis für unsere verlorene Ostmark die Stunde der Befreiung schlägt.

Wir geloben aufs neue, das Bundespräsidium in all seinen Bestrebungen nach besten Kräften zu unterstützen und ihm zu folgen in bösen wie in guten Tagen. Mit deutschem Gruß!

Der Vorstand: Bronsch, Vorsitzender.

Redner begrüßte dann die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, die Parlamentarier und sonstigen Vertreter der Parteien, der großen Deutschtumsorganisationen, wie Herrn v. Loesch, den verdienstvollen Vorsitzenden des Deutschen Schutzbundes, die Vertreter der großen Organisationen, wie Herrn Oberst a. D. Bode vom Vorstand der Vaterländischen Verbände, Herrn Abg. Bornemann, den Kanzler des Jungdeutschen Ordens und dessen zahlreiche Fahnenabordnungen und Mitglieder, die vielen Landsmannschaften und ostdeutschen Kameradenvereine mit ihren Fahnen, die Vertreter von Landesverbänden und Ortsgruppen des Ostbundes aus dem ganzen Reich, die Mitglieder und Freunde des Ostbundes in Berlin und vielen Vaterlandsfreunde, die von ernster Sorge erfüllt zu der Kundgebung gekommen seien. Unter den Grüßen der Freunde des Ostbundes befand sich auch ein solcher von Exzellenz Fischbeck, der schwer erkrankt ist und dem daher der Redner herzliche Wünsche für seine baldige Wiederherstellung entbot. Wir sind zusammengekommen, so fuhr der Redner fort, um vor Beginn der entscheidungsschweren Genfer Tagung Zeugnis abzulegen von der starken Empörung, die das deutsche Volk angesichts der polnischen Greuel gegenüber der deutschen Minderheit in Polen empfindet, und um durch das Bekenntnis einmütiger Geschlossenheit der deutschen Delegation in Genf die Gewißheit zu geben, daß das deutsche Volk hinter ihr steht, wenn sie in der Verfechtung des deutschen Rechtes zu schweren Entscheidungen gezwungen wird. Wie der Deutsche Ostbund überparteilich ist, so wünsche und hoffe er auch, daß für das ganze deutsche Volk

die Ostfragen keine Parteifragen

sein mögen. Nur die Einigkeit im Kampf um unser Recht im Osten könne zur Freiheit des ganzen Vaterlandes führen. Wenn nicht **Burgfrieden** in den Ostfragen geschlossen werde, sei unsere Forderung nicht zu verwirklichen; diese Forderung laute: Fort mit der unsinnigen Grenze und, solange dieses Ziel nicht erreicht sei: Schutz den Deutschen drüben und Hilfe den Deutschen diesseits der Grenze! Die Kundgebung sei weiter ein Gruß an die deutschen Volksgenossen diesseits und jenseits der Grenzen; ihre Not ist unsere Not und ihre Schmach ist unsere Schmach! (Stürmischer Beifall.)

Herr Geheimrat von Tilly

ging in seiner Ansprache von der Erinnerung an die Reichsgründung aus, die vor 60 Jahren, am 18. Januar 1870, im Spiegelsaal von Versailles stattfand. Frankreich, das als Vormacht Europas eine übermütige Angriffspolitik gegen Deutschland geführt hatte, wurde in seine Schranken gewiesen. Das deutsche Volk hatte die Fessel gebrochen, die das militärische und politische Übergewicht Frankreichs seiner inneren und äußeren Entfaltung auferlegt hatte. „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“ hieß es in dem Telegramm, in dem König Wilhelm am 1. September 1870 der Königin den Sieg von Sedan mitteilte. Nicht nur im Kriege — vier Jahrzehnte hat Gottes Gnade sichtbar auf Deutschland geruht. Vier Jahrzehnte hat Deutschland als führende Macht Europas den Frieden gesichert und haben sich Handel und Wandel entfalten können unter dem Schutze der ersten Armee und der zweiten Flotte der Welt. Seit zwei Jahrzehnten aber scheint die Gnade Gottes von Deutschland gewichen; heute liegt Deutschland wieder in Fesseln; große Landstriche sind vom Reiche abgetrennt worden; Deutsch-Österreich ist es durch das Diktat der Feinde verboten, sich mit dem stammesgleichen Reich zu vereinen.

Im Osten vor allem hat Deutschland Verluste erlitten, die seinen Aufstieg verhindern

und ist ein Staat erstanden, der Deutschland als seinen Erbfeind betrachtet und um seiner vermeintlichen Sicherheit willen

die Losreißung weiterer Gebietsteile vom Reiche

verlangt. Der Druck, der von den zerrissenen Grenzen her auf Deutschland lastet, ist staats- und volkspolitisch untragbar; denn die polnische Grenze schneidet tief in den Reichskörper ein, umklammert die nördliche Flanke, Ostpreußen, mit würgendem Griff und schnürt der südlichen Flanke, Schlesien, die Lebenskraft ab, während im abgetrennten Gebiet eine brutale Politik dabei ist,

das Deutschtum mit Stumpf und Stiel auszurotten.

1919 hat man den Ostbund, als er mit seiner Revisionsforderung unter der Losung „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“ vor die deutsche Öffentlichkeit trat, einen Kriegshetzer genannt. Wie anders liegen die Verhältnisse jetzt! **Von allen Parteien wird die Revisionsforderung heute erhoben und auch die Reichsregierung hat sich zu der Notwendigkeit einer Abänderung der Ostgrenzen bekannt!** Das deutsche Nationalempfinden ist erwacht. Nach den Jahren tiefer Verzagtheit lebt der Widerstandswille auf. Wenn wir es recht besehen, dann müssen wir sagen, daß uns der Zusammenbruch einen Gewinn gebracht hat, der alle Not und Bitternis aufwiegt: In dem Block der 80 Millionen Deutschen Mitteleuropas ist ein lebendig wirkendes, kraftvolles Volksbewußtsein entstanden. Die Gnadensonne Gottes hat trotz aller Not niemals aufgehört, über Deutschland zu scheinen. Diese geistige Wiedergeburt im Volkstum gibt uns die Gewißheit, daß Deutschland einer großen Zukunft entgegengeht, daß es dazu ausersehen ist, unter den Völkern Europas und der Welt eine edle Mission zu erfüllen. Der äußere Zusammenbruch ist eine Zeit der Prüfung und Läuterung für Deutschland gewesen; es ist sein Schicksal, daß es nur durch Not und Unglück zu Größe und Freiheit gelangt. Der preußische Staat und das Bismarckreich sind die schwer erkämpften Stufen zur Freiheit und Größe des deutschen Volkes gewesen. Heute, nach einer neuen Zeit tiefster Erniedrigung, sind wir dabei, die dritte Stufe zur Vollendung unseres Reiches zu ersteigen. Der große Freiheitskampf steht noch bevor. Sein Lohn wird ein geeintes, freies Reich in Mitteleuropa sein. Unser Wunsch ist, daß die Zeit nicht mehr allzu fern sei, daß unserm Volke der große Führer ersteht, der, wie vor 60 Jahren der greise Kaiser, am Tage der Befreiung einen Aufruf an das deutsche Volk mit den Worten schließen kann: „Welche Wendung durch Gottes Fügung!“

Einen warmen Widerklang fand die die Herzen in vaterländischem Geist erhebende Rede des Herrn Geheimrats v. Tilly dadurch, daß die Versammlung im Anschluß daran stehend den ersten, dritten und vierten Vers des Deutschlandliedes sang.

Staatssekretär a. D. Freiherr v. Rheinbaben

von Herrn Ginschel mit warmen Worten und von der Versammlung mit freundlichem Beifall begrüßt, sprach hierauf über

„Die Massenentrechtung und blutige Drangsalierung der Deutschen in Polen und ihre Ansprüche auf Schutz der Minderheitenrechte.“

In über einstündiger Rede führte er in der Hauptsache aus: In ernster Stunde sind wir zusammengekommen,

um für das In- und Ausland die Wahrheit zu künden über das, was uns und den Deutschen drüben in Polen angetan worden ist,

um uns angesichts dieser gemeinsamen Not und Gefahr über den Tagesstreit der Parteien zu erheben und die Gedanken an die materielle Einzelnot zurückzustellen, um uns zusammenzufinden in dem einigenden Gedanken an das auch im Unglück geliebte deutsche Vaterland. Wir wollen uns Rechenschaft geben über die trübe Lage des deutschen Volkstums in Polen und über unsere Pflicht, ihm zu helfen. Wir tun das

in einer politisch besonders wichtigen, vielleicht entscheidenden Zeit:

In Genf haben die Auseinandersetzungen mit der Aussprache über das Lieblingsthema des französischen Außenministers, die „europäische Zusammenarbeit“, begonnen. Der Tagung ging wie immer, wenn Deutschland sich anschickte, wichtige Fragen zur Debatte zu stellen, eine geschickt geleitete Stimmungsmache voraus. Polen und Frankreich haben die öffentliche Meinung des Auslandes in ihrem, also im deutschfeindlichen Sinn durch die Verbreitung von Thesen geleitet, die **Recht in Unrecht und Wahrheit in Lüge** verkehren. Wo ist jetzt das Weltgewissen, von dem man uns einst so viel zu erzählen wußte? Wo ist die wirtschaftliche Vernunft, von der man sagte, daß sie alle Schwierigkeiten beseitigt? Wir fühlen es tief: **Nur wenn wir selbst handeln, wird es eine lichtere Zukunft für das deutsche Reich und für das deutsche Volkstum geben.** (Lebhafter Beifall.)

Eine grundlegende Feststellung müssen wir zuerst machen: Der Ursprung unserer tiefen Not ist **das Diktat von Versailles.** Das war kein Friedensschluß, kein Abschluß der Feindseligkeiten; das war eine böse Tat, die fortzeugend Böses wirken sollte. Durch Versailles sollten wir für dauernd niedergehalten und am Aufbau verhindert werden.

Im Osten wurde eine blutende Wunde aufgerissen, ohne deren Heilung es keinen Aufstieg gibt.

Deutschland ist im Osten um Jahrhunderte zurückgeworfen worden; denn was dort in vielen Menschenaltern an deutscher Siedlung und deutscher Kultur aufgebaut worden ist, wurde zerstört. Falsche Statistiken, gröblichste Unkenntnis der Geschichte, irrsinniger, kleinlichster Haß und brutaler Vernichtungswille wirkten zusammen, um dieses Zerstörungswerk zu vollbringen, durch das unzweifelhaft deutsches Land und deutsche Menschen dem Willkürregiment des polnischen Nationalitätenstaates ausgeliefert wurden. Wer trägt die Verantwortung dafür? Wilson, dem großen Phantasten, und Clemenceau, dem Hasser, fällt die Hauptschuld zu. Kaum geringer ist die Schuld Lloyd Georges, der trotz richtigeren politischen Gefühls und Wissens seine Zustimmung zu dem Diktatfrieden gab. Aber ihm schlug das Gewissen; es ist kaum etwas Einleuchtenderes und Treffenderes über die Berechtigung der deutschen Revisionsforderung gesagt worden, als was Lloyd George im März 1919 in seinem an Clemenceau und Wilson gerichteten Memorandum über die Gefahren einer Zuteilung Westpreußens, Posens und Oberschlesiens an Polen ausgeführt hat: Es sei wohl notwendig, Deutschland hart zu behandeln; aber man dürfe nicht offensichtliches Unrecht begehen und Verzweiflung hervorrufen; das würden die Deutschen nie vergessen und dann wäre der Friede gefährdet. Das Unheil ist trotzdem seinen Gang gegangen, dank Wilsons Unkenntnis der europäischen Dinge und dank Frankreichs überragender Machtstellung und harten Vernichtungswillens: dem polnischen Staat wurden weite deutsche Gebiete zugesprochen.

Als einzige Gegenleistung für diese territoriale Bereicherung wurde Polen mit dem **Minderheitenschutzvertrag** vom 28. Juni 1919 ein Servitut auferlegt. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages sind in den Artikeln 7 und 8 enthalten, die man sich im Wortlaut vergegenwärtigen muß, um die polnische Minderheitenpraxis in ihrer ganzen brutalen Rechtswidrigkeit begreifen zu können.

Der erste Satz des Artikels 7 lautet: „Alle polnischen Staatsangehörigen sind vor dem Gesetz gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Unterschied der Rasse, Sprache

und Religion.“ Und der erste Satz des Artikels 8 lautet: „Die polnischen Staatsangehörigen, die einer völkischen, religiösen oder sprachlichen Minderheit angehören, genießen die gleiche Behandlung und die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die anderen polnischen Staatsangehörigen.“

Polen ist nicht aus eigener Kraft entstanden;

seine Wiedergeburt verdankt es vier Umständen: der falschen deutschen Politik, die mitten im Kriege ein polnisches Staatswesen gründete; dem Zusammenbruch Deutschlands und dem Sieg der Allierten, die sich Polens zur Niederhaltung Deutschlands bedienten; den deutschen Truppen, die noch nach dem Waffenstillstand im Baltikum gegen die Bolschewisten weiterkämpften und dadurch das im Entstehen begriffene polnische Staatswesen vor der sofortigen Wiedervernichtung bewahrten; und schließlich der Annahme des Minderheitenschutzvertrages durch Polen, durch den es sich verpflichtete, den fremdvölkischen Bewohnern seines Staates die ungehinderte Pflege ihres Volkstums zu sichern. Polen ist, um sich die staatliche Anerkennung durch die Westmächte zu sichern, auf diese Verpflichtung zum Schein eingegangen und hat entsprechende Bestimmungen sogar in seine Verfassung aufgenommen. In der Praxis aber hat es seine Betragspflichten schmählich verletzt. **Es gibt keinen Deutschen, den nicht die Empörung darüber überkommt, daß solch klares internationales Recht, wie es im Minderheitenschutzvertrag niedergelegt worden ist, mißachtet und skrupellos gebrochen wird;** es gibt keinen Deutschen, der diesen fortgesetzten Rechtsbruch nicht als eine zynische Verhöhnung jeder europäischen Gesittung empfindet, keinen, der es nicht als bittere Kränkung ansieht, daß das Unrecht, das 1919 an Westpreußen und Posen geschehen ist, 1921 an dem vergewaltigten Oberschlesien wiederholt worden ist, keinen, der nicht die schwere Drohung fühlt, die für den uns verbliebenen Osten die polnische Politik in den losgetrennten Gebieten bedeutet. Es ist wie ein Hohn, daß einer der Hauptschuldigen an dem elenden oberschlesischen Schacher, Benesch, zum Vorsitzenden der künftigen Abrüstungskonferenz gewählt werden soll. (Hört! Hört!) Es ist bitter, zu sehen, welche Stellung z. B. Macdonald, der 1924 in Genf öffentlich die Teilung Oberschlesiens als Fehlentscheidung bezeichnet hat. heute in der Grenz- und Minderheitenfrage einnimmt,wie es in Vergessenheit geraten zu sein scheint, daß auch in Bezug auf Oberschlesien die Annahme des Genfer Abkommens die Voraussetzung für die Zuteilung Ostoberschlesiens an Polen gewesen ist. Dieses Abkommen enthält wörtlich ebenso wie der Vertrag vom 28. Juni 1919 klares internationales Recht zum Schutz der Minderheit; es geht über den Vertrag noch hinaus, indem es z. B. der Minderheit ein direktes Beschwerderecht gibt und ein besonderes Überwachungsorgan des Völkerbundes eingesetzt hat. **Die Verpflichtung Polens und das Recht der Minderheit liegen also so klar, daß auch der geriebenste Advokat an den Rechtsnormen nicht rütteln und herumdeuteln kann. Man kann ohne Übertreibung** sagen, daß bei Verletzung seiner internationalen Pflichten der polnische Staat selbst **das Recht auf die Grenze von 1919 erschüttert — denn er ist an die feierliche Verpflichtung, den Minderheiten gleiche Rechte wie den Angehörigen der Mehrheit zu geben, gebunden.**

Wie aber stellt sich Polen dazu? Es hat die Entdeutschung (wie es in dem Buche Rauschnings dargelegt wird) systematisch, zäh und brutal durchgeführt. Die Schwäche Deutschlands und die nie versagte machtpolitische und moralische Rückendeckung durch Frankreich hat es dazu benutzt,

um aus Westpreußen und Posen allein mindestens 800 000 Deutsche zu verdrängen.

Es hat **unsägliches Elend** geschaffen, indem es die Menschen als **heimatlose Flüchtlinge** über die Grenze gejagt hat, denen das Land seine Blüte verdankt. **Es hat alle Mittel der Gesetzgebung, Justiz und Verwaltungspraxis angewandt, um die Deutschen zum Verlassen des Landes zu zwingen.** Aber der polnische Außenminister hat heute die Stirn, von einer

„normalen Entdeutschung“

zu sprechen. (Pfuirufe.) Wer will es den Verdrängten verdenken, wenn sie ihre alte Heimat nicht für immer preisgeben wollen? Wer will es dem deutschen Volke verargen, wenn es das nicht vergessen und aufgeben will, was es im abgetrennten Gebiet geleistet hat? Man sagt: Ein Volk, das seine Vergangenheit nicht ehrt, ist seine Zukunft nicht wert. Man kann diesen Satz abändern und sagen:

Ein Volk, das schweigend solches Unrecht duldet, ist seine Zukunft nicht wert! (Stürmischer Beifall.)

Wir protestieren gegen die ungeheuerliche Formel Zaleskis von der „normalen Entdeutschung“. Die Staatsmänner der Welt sind gegen das Unrecht heute unempfindlicher und dickfelliger geworden. Wenn vor dem Weltkriege in China zwei Missionare ermordet oder wenn die Armenier verfolgt wurden, ist die ganze Welt in Erregung geraten und wurden die Machtmittel der Diplomatie fieberhaft in Bewegung gesetzt.

Wer aber hat sich im Ausland um die Not der hunderttausende von deutschen Menschen gekümmert?

Ist ihre Völkerwanderung in Not und Elend hinein nicht eine schreiende Verletzung der elementarsten Menschenrechte gewesen? (Stürmischer Beifall). Ich frage weiter:

Wollen wir schweigend zusehen, wie Danzigs Wirtschaft durch Polen abgedrosselt wird?

Wie auch diese deutsche Stadt der polnischen Überfremdung ausgesetzt ist?

Am schlimmsten ist es in Oberschlesien,

wo noch heute die brutalsten Unterdrückungs- und Verdrängungsmaßnahmen angewandt werden, wo der höchste Beamte, der Wojewode Grazynski, an der Spitze des Aufständischenverbandes steht, dessen Hauptziel die völlige Ausrottung des deutschen Volkstums ist und wo der Kattowitzer Rundfunk von den „unerlösten Brüdern“ in Deutschoberschlesien spricht, die zur „Mutter Polen zurückkehren“ müßten.

Bei dieser Einstellung Polens ist es verständlich, wie unsäglich schwer die Aufgabe der deutschen Außenpolitik war. Sie hatte keine Macht, wohl aber ein uneiniges, in materiellen Nöten und geistiger Gärung sich verzehrendes Volk hinter sich. Sie rang um die Wiederherstellung der territorialen Souveränität im Westen und um provisorische und Erleichterung bringende Regelung der Tributlast. Sie hat den Versuch gemacht, einen modus vivendi mit Polen zu finden. Bei allen internationalen Zusammenkünften hat sie ihre ganze Wachsamkeit und Energie darauf verwenden müssen, um den Druck der andern, die den

Abschluß eines Ostlocarno erzwingen wollten,

abzuwenden. Sie hat das heißumstrittene Liquidationsabkommen trotz aller Bedenken unterschrieben, weil sie den Deutschen drüben jede nur mögliche Rechtssicherheit geben wollte, obwohl das Abkommen finanziell ein sehr schlechtes Geschäft war. Sie war zum Abschluß eines Handelsvertrages bereit. Preußen hat schließlich aus freiem Antriebe der polnischen Minderheit durch das Schulgesetz vom 31. Dezember 1928 die größtmögliche Freiheit der Entwicklung gegeben. Trotzdem wird in der unerhörtesten Weise gegen die deutsche Minderheitenpolitik von der polnischen Presse drüben und in Deutschland selber gehetzt!

Jetzt sind wir an die Grenze des Möglichen gekommen.

Wir sind an einen **historischen Abschnitt** angelangt.

Der Versuch, mit Polen in ein erträgliches Verhältnis zu gelangen, ist richtig gewesen. Der Versuch ist gescheitert; mit um so größerem Recht können wir heute vor dem Forum der internationalen Öffentlichkeit unsere Forderungen erheben.

Die letzte Antwort Polens auf unser Entgegenkommen ist der Wahlterror 1930, eine Vergewaltigung ohne gleichen.

Die deutschen Beschwerdenoten und die Note des ostoberschlesischen Volksbundes sprechen eine eindringliche Sprache. Wohl hat sich der Terror der Regierung nicht nur gegen die nationalen Minderheiten, sondern auch gegen die oppositionellen polnischen Parteien gerichtet; aber im Rahmen des allgemeinen Wahlkampfes ist doch **eine ungeheuerliche und systematische Unterdrückung der Deutschen und Ukrainer durchgeführt worden;** diese hatten am schwersten unter dem Terror zu leiden. **Über 100 000 Deutsche haben allein in Ostoberschlesien ihr Wahlrecht nicht ausüben können** oder sind zur Abgabe eines polnischen Stimmzettels durch Drohungen und physische Gewalt gezwungen worden. Hier, in Kongreßpolen und im Korridorgebiet sind ganze deutsche Listen für ungültig erklärt worden.

Das polnische Triumphgeschrei über den Rückgang des Deutschtums, über die „normale Entdeutschung“ und „freiwillige Polonisierung“ ist falsch.

Wir fordern von der deutschen Delegation in Genf, daß sie das polnische Lügengewebe zerreißt. Die Wahlkampfmethoden des letzten Jahres sind der Höhepunkt in der polnischen, seit 1919 systematisch und bewußt durchgeführten Verdrängung und Entrechtung des Deutschtums gewesen. Polen hat seine internationalen Verpflichtungen in der unerhörtesten Weise verletzt.

Zwischen Deutschland und Polen ist ein offener Konflikt internationalen Charakters ausgebrochen!

Was nun? Der Konflikt mußte vor den Völkerbund gebracht werden. Dieser ist die gegebene Instanz zur Garantierung bzw. Wiederherstellung des verletzten Rechts. (Ironischer Beifall.) Was ist vom Völkerbund zu erwarten? (Zurufe: Nichts!) Als Deutschland 1926 dem Bunde beitrat, ist das auch in der Erwartung geschehen, daß es dort seine Beschwerden wegen Verletzung der Minderheitenschutzverträge zur Sprache bringen und einen wirksamen Schutz der Minderheiten durchsetzen könne. Es ist für Deutschland ungeheuer schwer gewesen, in diesem Sinne zu arbeiten.

Der Völkerbund hat bisher alle vorgebrachten Fälle verschleppt und vertagt und die deutschen Bestrebungen sabotiert.

Auch die Bemühungen Stresemanns, eine grundsätzliche Garantiepflicht des Bundes durchzusetzen, wurden vereitelt und haben in Madrid 1929 nur zu einer geringfügigen Abänderung des Verfahrens in der Behandlung der Minderheitsbeschwerden geführt. Wie der Völkerbund „arbeitet“, läßt sich sehr deutlich aus dem Bericht für 1930 erkennen: **Von 57 Minderheitsklagen ist nicht eine einzige vor dem Rat zur Verhandlung gekommen!** (Zurufe: Hört! Hört!)

So ist es **die deutsche Aufgabe im Jahre 1931, noch einmal eine grundsätzliche Regelung der Minderheitenfrage im Völkerbund zu versuchen.** Niemand wird nach den bisherigen Erfahrungen die großen Schwierigkeiten dieses Versuches verkennen. Aber wenn unsere Mitarbeit im Bunde überhaupt noch einen Sinn haben soll, dann muß er unternommen werden.

Von seinem Erfolg werden unsere weiteren Entscheidungen hinsichtlich unserer Stellung zum Völkerbund abhängig sein.

Die Meinung des Auslandes ist uns nicht wohlgesinnt; die englische Presse, die uns 1925, als sie am Abschluß des Locarno-Vertrages interessiert war, manche Freundlichkeiten gesagt hat, lehnt heute im wesentlichen die deutschen Forderungen ab, weil, wie sie sagt, die schwierige Lage Europas keine Aufrollung großer Probleme verträgt und die Sorgen des Weltreichs ablenken. Frankreich stützt Polen, und lediglich Italien stimmt, wenn auch mit eigenen Gedanken, der grundsätzlichen Forderung nach **Revision der Verträge von 1919 zu.** Im ganzen muß man sagen: Trotz mancher Stimmen im Auslande, die die Berechtigung unserer Forderungen erkennen,

bleibt es dabei, daß wir in Verfolgung unseres Rechts gegen eine Mauer von Lauheit, Unverstand und schlechtem Willen angehen müssen,

daß man uns droht oder mißversteht oder hochmütige Lehren gibt, wenn wir unsere Wünsche vortragen. Das heißt aber: **Deutschland muß sich im wesentlichen auf seine eigene Kraft verlassen; es muß selbst die „neue Lage" schaffen, welche die anderen zwingt, zu ihr Stellung zu nehmen.**

Der Völkerbund bemüht sich heute, ein System der europäischen Zusammenarbeit zu schaffen. Auch im Rahmen dieser Auseinandersetzung haben wir um unsere Rechte zu kämpfen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit ist wünschenswert; aber die Völker leben nicht vom Brot allein. Von ein paar Zollpositionen oder von neuen Krediten hängt das Leben der Völker nicht ab.

Was nützt alles Gerede über Europa und Paneuropa, wenn die Grundrechte des Volkstums den Nationen nicht endlich gesichert und vertraglich nicht einwandfrei geregelt werden.

Das Minderheitenproblem ist keine bloß deutsche, sondern eine allgemein europäische Frage. **Wenn sich Polen gegen den Schutz der Minderheiten vergeht, setzt es sich in Widerspruch zu den Gedanken der europäischen Zusammenarbeit.**

Wenn man nicht endlich allen Völkern gleiche Rechte und gleiche Sicherheit zuerkennt, hat es keinen Zweck, noch über Paneuropa zu sprechen.

Der Völkerbund hat bisher außerordentlich wenig zur Erreichung dieses Zieles getan.

Vom europäischen Frieden sind wir heute weiter entfernt als je seit 1919.

Weil das deutsche Volk seit 1926, seit seinem Eintritt in den Völkerbund, zunehmend erkennen mußte, daß solche Gedanken in Genf nicht Boden fassen konnten, weil die Delegierten und Diplomaten mit glatten Formeln stets rücksichtslos nur die Verewigung des Versailler Diktates betrieben, ist heute

eine Krise in dem Verhältnis Deutschlands zum Völkerbund eingetreten.

Im Jahre 1931 wird es sich im Zusammenhang mit der Behandlung großer dringlicher Probleme entscheiden,

ob sich die weitere Mitarbeit Deutschlands im Völkerbund überhaupt noch lohnt oder ob es Zeit ist, Genf den Rücken zu kehren.
(Stürmischer Beifall.)

Schon bei der jetzigen Tagung muß Deutschland mit dieser Probe den Anfang machen. Es muß die kategorische Forderung aufstellen,

daß klare, bindende Entscheidungen getroffen werden.

Aufgabe der deutschen Politik muß es sein, allgemeinen, verschwommenen Kompromißformeln, wie sie im Völkerbund so beliebt sind, die Zustimmung zu versagen. Sollten die Andern den deutschen Rechtsstandpunkt, der sich mit dem klaren Wortlaut der internationalen Verträge deckt, weiterhin nicht anerkennen, dann muß die deutsche Delegation gegen die verschleppenden und unklaren Kompromißentschließungen stimmen. **Das Recht ist so klar, daß es Deutschland wahrhaftig nicht zugemutet werden kann, sich weiterhin mit Unklarheiten zu begnügen.** Auf der jetzigen Ratstagung

kämpft Deutschland für sein Recht, das zugleich Völkerrecht ist.

Wie auch immer die Entwicklung der kommenden Zeit verlaufen möge — **ohne wirkliche Garantie des Minderheitenschutzes durch den Völkerbund wird es überhaupt keinen Fortschritt in der Festigung des Friedens in Europa geben.** Das Hauptargument Frankreichs und Polens gegen den Minderheitenschutz ist das, daß Deutschland vom Schutz der Minderheiten spricht, aber die

Revision der Grenzen

meint, daß die deutsche Minderheitenpolitik „der Hebel zur Beseitigung der internationalen Ordnung", der Anfang zu einer **neuen Teilung Polens** ist. Nun — **nichts kann uns hindern, gegen Versailles zu kämpfen;** es ist unmöglich, uns den Mund zu verbieten. Die Gegenseite muß sich darüber klar sein, **daß sich das deutsche Volk durch nichts behindern lassen wird und darf, international und gerade im Interesse künftiger friedlicher Zusammenarbeit der europäischen Staaten auch die Forderung nach**

Revision der unsinnigen, ungerechten und unmöglichen Ostgrenzen von 1919/21

zu erheben. Es ist zwecklos, der Gegenseite zu drohen; denn wir sind zu schwach, um dieser Drohung einem militärstarken Auslande gegenüber den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Aber eines können und müssen wir tun: Wir müssen uns mehr als bisher

gegen die Hohlheit, Heuchelei und Unaufrichtigkeit der gegenwärtigen Methoden

wenden. Wir müssen, wenn wir mit unserem Rechtsstandpunkt nicht durchzudringen vermögen, fest genug bleiben, um keinem Beschluß mehr unsere Zustimmung zu geben, der dem Recht und der Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt. Mit Deutschlands Hilfe darf kein Beschluß mehr zustande kommen, der uns und dem Deutschtum das Recht versagt.

Führt solche Haltung in **eine Krise hinein?** Vielleicht! Das mag blutlose Verständigungsredner, Kaffeehausliteraten und sonstige Leute in Angst versetzen.

Aber wenn im Völkerbund mit unserer eigenen Hilfe oder Zustimmung so fortgewurstelt wird, gehen wir als Großmacht und nationaler Staat zugrunde.

Wir stehen vor neuem Zwang zum Handeln. Wir müssen unsere Interessen als Volk klarer, reiner, einmütiger und geschlossener nach außen vertreten. Hierzu müssen wir die Voraussetzungen durch die innere Sanierung schaffen, zu der auch als einer der wichtigsten Teile

die Osthilfe

gehört. Denn **die deutsche Wirtschaft ist ein Ganzes; wenn der Osten verkümmert, wird die ganze Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen.** Es muß so weit kommen, daß man sich bei jeder Maßnahme der inneren Politik die Frage vorlegt:

Wie verträgt sich das mit den Interessen des deutschen Ostens?

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß hent das Deutschtum im Osten im schwersten Ringen um seine Existenz steht.

Die Verelendung des deutschen Ostens spricht eine furchtbar ernste Sprache.

Mit Erschütterung haben wir die Berichte gelesen, die anläßlich der Kanzlerreise über die Not im Osten veröffentlicht worden sind. **Wir begrüßen es, daß trotz oder vielleicht gerade wegen der Not der Zeit**

die Gedankenwelt des Deutschen Ostbundes sichtbar immer mehr zur allgemeinen deutschen Gedankenwelt und zur Pflicht derer geworden ist, die Deutschland regieren.

Was soll und was bedeutet die Kundgebung des Ostbundes? Es sollen keine parteipolitisch beeinflußten Propagandathesen verkündet oder künstlich aufgebauschte Forderungen aufgestellt werden. Nicht ein Revanchekrieg oder Störung der europäischen Ordnung ist unser Ziel. Sondern **es ist hier der Versuch gemacht worden, das elementare Denken und Fühlen deutscher Ostmenschen in einfache, klare Worte zu kleiden.** Diese Menschen wollen ihr eigenes elementares Lebensrecht und das der deutschen Volksgenossen in den geraubten Gebieten. Sie wollen in großen Umrissen zeigen, **was Deutschland braucht, um leben und aufbauen zu können. Sie wollen dem In- und Auslande sagen, daß sich Deutschland dank der verfehlten Politik der Mächte heute noch weit ab von diesem Zustand befindet.**

Sie fordern die Gleichberechtigung,

die politische und Rechtssicherheit für das deutsche Volk. Sie verzagen auch im Unglück nicht; sie glauben an eine bessere deutsche Zukunft und geloben, dafür zu arbeiten und zu wirken. (Stürmischer Beifall.)

Sie rufen den Deutschen im Reich zu: Laßt doch wenigstens in dieser großen Schicksalsfrage den kleinen Streit der Parteien beiseite!

Schließt Burgfrieden in allen Fragen, die den Osten betreffen.

Ungebeugt und gestärkt durch den Glauben an eine bessere Zukunft, senden wir in der Not der Zeit und in der großen Not des Ostens, dessen Geschick mit der deutschen Zukunft identisch ist, unser Stoßgebet zum Himmel empor — die Worte des Niederländischen Dankgebetes:

Herr mach' uns frei!

Die Versammlung nahm die Schlußworte des Redners, dem Bundespräsident Ginschel in warmen Worten herzlichen Dank für die packende, wahrhaft staatsmännische Rede aussprach, auf, indem sie stehend das Niederländische Dankgebet sang, vom Orchester begleitet.

Herr Geheimrat Bundespräsident Schmid

faßte in seiner abschließenden Ansprache die Eindrücke der Kundgebung und die Leitgedanken der Redner zusammen, dankte Herrn Geheimrat von Tilly, der gemahnt habe, auch im tiefsten Elend stolz zu sein auf die deutsche Geschichte und aus ihr die feste Zuversicht und die trotzige Kraft zum Aufstieg zu schöpfen; er dankte insbesondere Herrn von Rheinbaben, der eine bewundernswerte Beherrschung des Stoffes, eine tiefe Liebe zum Volk und einen starken Glauben an die deutsche Zukunft bewiesen habe. Er, der Redner, wisse aus seiner eigenen Tätigkeit als Vertreter der Reichsregierung bei den Verhandlungen über die Oberschlesienkonvention, wie ungeheuer schwer es sei, auf dem Genfer Boden etwas für Deutschland zu erreichen. Die Kundgebung, mit der man aus wohlerwogenen Gründen gerade jetzt vor die Öffentlichkeit getreten sei, bedeute einen Appell an das Recht in Übereinstimmung mit dem Wahlspruch des Deutschen Ostbundes. Wenn Deutschland jetzt in Genf keinen Erfolg habe, dann werde man eine neue, größere Kundgebung berufen, um zu der Niederdrückung des

deutschen Rechtes durch die Gewalt der Anderen Stellung zu nehmen. Redner verlas darauf folgende

Entschließung:

„Die am 16. Januar 1931 in den Germania-Festsälen in Berlin abgehaltene, vom Deutschen Ostbund einberufene, von mehreren Tausend Angehörigen aller Parteien besuchte öffentliche Versammlung erhebt in größter Empörung den entschiedensten Protest gegen die unerhörten Deutschenverfolgungen in Polen. Sie verurteilt das eines Rechtsstaates unwürdige Verhalten der Aufständischen-Verbände und sonstiger polnischer Volksschichten in Ostoberschlesien, das zu Überfällen und barbarischen Mißhandlungen von Deutschen, zu Folterungen und Todesdrohungen, zur Demolierung von Wohnungs- und Geschäftseinrichtungen und zur Zerstörung von sonstigem Eigentum in Hunderten von Fällen geführt und unter Duldung der polnischen Behörden

eine skandalöse Recht- und Schutzlosigkeit der Deutschen

bewirkt hat, die in schroffstem Gegensatz steht zu dem großen Entgegenkommen, das deutscherseits gegenüber der polnischen Minderheit im Reich geübt wird. Sie brandmarkt die Maßnahmen der Behörden und den Terror der Bevölkerung gegenüber den Deutschen in Polen, durch die letztere an der freien Ausübung ihres Wahlrechtes bei den letzten Sejm- und Senatswahlen verhindert, der geheime Charakter der Wahl beseitigt und viele Deutsche gezwungen worden sind, gegen ihre Überzeugung und gegen ihren Willen polnische Listen zu wählen.

Die Versammlung verlangt, daß der Völkerbund gegen diesen Bruch des Minderheiten-Abkommens und der Genfer Oberschlesien-Konvention mit aller Entschiedenheit Stellung nimmt, den polnischerseits unter die Füße getretenen Minderheitenschutz wiederherstellt, für Beseitigung der Folgen des Wahlrechtsraubes und für Sühne der an den Deutschen verübten Verbrechen sorgt, sowie Garantien gegen die Wiederholung derartiger Schandtaten schafft. Die deutsche Delegation in Genf soll wissen, daß das deutsche Volk hinter ihr steht, wenn sie rücksichtslos das polnische Lügengewebe zerreißt, durch das diese Vorgänge verdunkelt und zum Teil in ihr Gegenteil verkehrt werden sollen und wenn sie mit größter Entschiedenheit verlangt,

daß Recht und Gerechtigkeit für die deutsche Minderheit wiederhergestellt werden.

Es wäre eine Schande für die ganze Kulturwelt und müßte zur Diskreditierung des Völkerbundes führen, wenn die unerhörten Rechtsverletzungen, Mißhandlungen, Todesdrohungen und Eigentumszerstörungen in Polen nicht gesühnt würden.

Den Deutschen in Polen, die um ihre elementarsten Rechte kämpfen und mit denen wir uns nach wie vor in engster Kulturgemeinschaft fühlen, geloben wir Unterstützung in diesem Kampfe und ewige Treue!

Das deutsche Volk rufen wir auf, bis zur Sühne des Unrechtes im Osten über alle sonstigen Streitigkeiten hinweg Burgfrieden in allen Fragen zu schließen, deren Lösung zur Erhaltung und zum Wiederaufbau des Ostens notwendig ist."

Die Entschließung wurde unter stürmischen Beifallskundgebungen einstimmig angenommen.

Abg. Bornemann,

der Kanzler des Jungdeutschen Ordens, wurde mit Beifall begrüßt, als er dem Deutschen Ostbund für die Durchführung der nicht immer leichten Arbeit für den Osten dankte. Die Freundschaft zwischen Orden und Ostbund, so führte der Redner aus, besteht nicht erst seit heute. Als der Orden vor Jahren an der von französischer Seite einberufenen internationalen Frontsoldatentagung in Luxemburg teilnahm, einer Tagung, die „dem Frieden auf der Basis der bestehenden Verträge dienen" sollte, da gelang es ihm durch seinen Protest nicht nur, diese Grundlage der Tagung zu beseitigen, sondern durch seinen Vertreter Abel die Korridorfrage eingehend behandeln zu lassen. Damals konnte er sich auf die Hilfe des Ostbundes und die Unterlagen, die dieser ihm geliefert hatte, stützen, als er den Thesen der Gegenseite entgegentrat die Ostmarkenfrage klarstellte und so eine internationale Aussprache darüber in Gang brachte. Der Sprecher des Jungdeutschen Ordens hat damals in Luxemburg den Verteidigern des Versailler Diktates die ungeschminkte Wahrheit gesagt: Was Ihr den Frieden nennt, das ist ein Hohn auf die Gerechtigkeit;

der Korridor — das ist kein Friede, das ist die Kriegsgefahr!

Die Worte sind nicht ohne Eindruck geblieben; seither hat es keine internationale Konferenz der Frontsoldaten mehr gegeben. **Jetzt muß Deutschland für den Osten mobil gemacht werden** (Lebh. Beifall), muß es sich geschlossen dem Osten zuwenden. **Der Jungdeutsche Orden ist bereit, dazu mitzuhelfen, daß man im ganzen Reiche Verständnis für den Osten und die Arbeit des Deutschen Ostbundes findet.** Wir vom Orden, so schloß Bornemann, sind **keine Kriegshetzer,** so wenig wie die Mitglieder des Ostbundes.

Wir wollen, daß das Volk ohne Raum ein Volk wird mit gerechter Verteilung des Raumes.

Wir wollen den Frieden — lieber aber als der Frieden ist uns die Freiheit! (Stürmischer Beifall.)

Die Ansprachen wurden eingerahmt durch Vorträge des gesamten Chors des Berliner Sängervereins E. V. „Caecilia-Melodia" (gegründet 1856, Vorsitzender Herr August Gerken) unter Leitung des Herrn Musikdirektors Max Eschke. Der stattliche Chor sang „Am Sonntagmorgen" von Edwin Schulz, „Wo gen Himmel Eichen ragen" von Hans Heinrichs, „Ewig liebe Heimat" von Simon Breu und „Vaterland" von Gustav Wohlgemuth mit einem Schwung, einer Tonfülle und künstlerischen Abrundung, einer wirksamen Dynamik und Nuancierung, daß es für die große Versammlung eine helle Freude und ein künstlerischer Genuß war, den Vorträgen lauschen zu können. Dirigent und Sängerschar wurden nach jedem Gesang mit wohlverdientem Beifall überschüttet. Der Inhalt der Gesänge war der Stimmung der Versammlung und dem Inhalt der Reden in vortrefflicher Weise angepaßt. Mit großem Schneid und künstlerischer Akkuratesse trug eine vom Berliner Tonkünstlerorchester gestellte Kapelle von 12 Mann durch prächtige Konzertvorträge, Fanfarenmärsche, vaterländische Melodien und Gesänge, vor allem aber durch den am Schluß ergreifend und stimmungsvoll gespielten Zapfenstreich und Gebet zur Erhöhung der Stimmung und zum Gelingen der ganzen Veranstaltung wesentlich bei. Die allgemeine Begeisterung erreichte einen derartigen Grad, daß sie geradezu elementar zum Ausdruck drängte. So sprang nach dem „Gebet" einer der Fahnenträger auf der Bühne vor und rief in die Versammlung schmetternd den Wahlspruch des Ostbundes hinein: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!" Und aus der Mitte der Versammlung heraus brachte ein Teilnehmer mit Worten herzlichen Dankes für die so schön gelungene Kundgebung ein von der ganzen Versammlung aufgenommenes Hoch auf die Leitung des Deutschen Ostbundes aus. Allen Männern und Frauen im Saal schlug das Herz höher; vielen war es ein inneres Bedürfnis, sich über das, was ihnen die Redner ins Herz gehämmert hatten, mit Bekannten auszusprechen, und so dauerte es ziemlich lange, ehe die Masse der Teilnehmer den Saal leerte.

Schlußwort Ginschel.

Bundespräsident Ginschel schloß nach herzlichen Dankesworten an die Redner und alle Mitwirkenden die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Vaterland, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, daß dieses sich recht bald zu einem Groß-Deutschland der Zukunft entwickeln möge, zu denen auch die uns geraubten Ostgebiete wieder gehören.

So ist die Kundgebung Tausenden zum Erlebnis geworden. Die Erbitterung wegen der Polengreuel hat sich Luft gemacht, aber der Ausdruck dieser Empörung hat die Form des parlamentarisch Zulässigen nicht überschritten. Die Versammlung hat sich mit aller Entschiedenheit hinter die deutsche Delegation in Genf gestellt in der Erwartung, daß diese mit rücksichtsloser Entschiedenheit und diplomatischer Klugheit es verstehen und erreichen wird, daß die Polengreuel gesühnt werden, einer Wiederholung vorgebeugt wird und die Folgen derselben beseitigt werden. Sollte durch den Widerstand der Mächte dieses Ziel nicht erreicht werden, dann wird sich das deutsche Volk nicht zufrieden geben, sondern durch Kundgebungen der Parlamente wie der Volksgemeinschaft unter Zusammenschluß der großen Organisationen in erneuten gewaltigen Kundgebungen Recht und Gerechtigkeit fordern.

*

Weiterleitung der Entschließung an die Reichsleitung.

Die obige Entschließung ist sofort nach der Kundgebung an den Reichspräsidenten Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, an Herrn Reichskanzler Dr. Brüning, an das Auswärtige Amt, an die deutsche Delegation und den Völkerbundsrat in Genf, an die zuständigen Reichs- und Staatsministerien, an den Reichstag wie auch an andere in Betracht kommende Stellen weitergeleitet worden.

Ein Ostbundtelegramm an Dr. Curtius.

Herrn Reichsaußenminister Dr. Curtius, dem Führer der deutschen Delegation in Genf, ist außerdem noch folgendes Telegramm von der Leitung des Deutschen Ostbundes übersandt worden:

„Im Anschluß an unsere glänzend und in Begeisterung verlaufene Massenkundgebung bitten wir Sie noch besonders, an den berechtigten deutschen Forderungen festzuhalten und nichts auf Versprechungen zu geben, die Polen doch nicht erfüllt. Wir versichern, daß wir vor allem dann treu zu Ihnen stehen werden, wenn Sie gezwungen sein sollten, weittragende Erklärungen über das Interesse Deutschlands an der zukünftigen Völkerbundsarbeit abzugeben.

Großer Vorstand des Deutschen Ostbundes

von Tilly. Ginschel. Schmid. Lüdtke.

Zustimmungskundgebungen

sind uns auch von außerhalb außer den oben schon erwähnten in großer Zahl zugegangen. Aus ihrer großen Zahl teilen wir nur die folgenden mit:

Wir bekunden unsere Sympathie und erheben schärfsten Protest gegen die Polengreuel. Die Schuldigen müssen bestraft und die Wiederholung solcher Greuel muß verhindert werden.

Ortsgruppe Strehlen des Deutschen Ostbundes.

Das deutsche Landvolk gibt seiner Empörung über die Übergriffe gegen das Deutschtum durch Polen Ausdruck. Unser besonderer Gruß gilt unseren bedrängten Brüdern mit der Versicherung, daß das deutsche Landvolk alles tun wird zur Erhaltung ihres Volkstums im gemeinsamen Mutterlande.

Deutsches Landvolk, christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei.

*

Die Presse über die Kundgebung.

Vertreter der Presse wohnten der Kundgebung in größerer Anzahl bei, darunter auch solche des Wolffschen Telegraphenbüros und der Telegraphen-Union, die die ganze deutsche Presse mit ihren Berichten versorgt haben. Aus den Originalberichten der großen deutschen Zeitungen über die Kundgebung heben wir wegen des großen Stoffandranges nur kurz folgendes hervor:

Der **„Berliner Lokal-Anzeiger"** (Nr. 28) berichtet spaltenlang unter der Überschrift: „Gewaltige Ostmark-Kundgebungen" über die Versammlung im Clou und über die Ostbundversammlung; ebenso

„Der Tag" (Nr. 15) unter der Überschrift: „Protest des Ostbundes".

Die **„Berliner Börsen-Zeitung"** (Nr. 27) unter der Überschrift: „Gegen die Polengreuel." Die „Börsen-Zeitung" hebt besonders die Aufforderung zum Burgfrieden in den Ostfragen hervor.

Die **„Deutsche Allg. Zeitung"** (Nr. 28) betont in ihrem Bericht besonders die Aufforderungen des Herrn von Rheinbaben an den Völkerbund.

Die **„Kreuz-Zeitung"** (Nr. 17) gibt den Hauptinhalt der bei der Kundgebung gehaltenen Reden und den Inhalt der Entschließung wieder.

Die **„Tägliche Rundschau"** (Nr. 15) schreibt in hrem längeren Bericht: „Es brach ein Sturm der Entrüstung aus, als festgestellt wurde, daß Polen dauernd die vom Redner erwähnten Paragraphen über den Minderheitenschutz verletzt. Dadurch sei in der deutschen Politik ein Scheidepunkt eingetreten; jetzt sei die Zeit gekommen, um mit der klaren Wahrheit hervorzutreten, denn der internationale Konflikt sei von Polen heraufbeschworen worden!

Die **„Deutsche Zeitung"** (Nr. 14) berichtet über die Kundgebung unter der Überschrift: „Die Fordeungen des Deutschen Ostbundes an Dr. Curtius."

Besonders ausführlich berichtet über die Tagung **„Der Jungdeutsche"** (Nr. 15) unter der Überschrift: „Ruf nach dem Recht! — Eindrucksvolle Kundgebung gegen den Polenterror in Berlin. — Der Jungdeutsche Orden in der Abwehrfront." Im Hinblick auf die Teilnahme von 13 jungdeutschen Bannern schreibt das Blatt: „So leuchteten die Zeichen des Deutsch-Ritterordens, des Sendlings deutscher Kultur im heute umdrohten Osten, den Versammelten entgegen, eine mahnende Erinnerung an die Vergangenheit deutscher Geschichte." Das Blatt bringt besonders ausführlich die Rede des Herrn von Rheinbaben, zum Teil in Fettdruck und natürlich auch die Ansprache des Ordenskanzlers Bornemann. — In Nr. 16 nimmt der **„Jungdeutsche"** unter „Zeitungsschau" erneut zu der Kundgebung Stellung.

Der **„Steglitzer Anzeiger"** (Nr. 14) berichtet über die Kundgebung unter der Überschrift: „Kundgebung des Deutschen Ostbundes. — Gegen die Knechtung der Deutschen in Polen."

Das **„Neuköllner Tageblatt"** (Nr. 15) berichtet über die Kundgebung ebenfalls in großer Aufmachung unter der Überschrift: „Gegen die Entrechtung und Drangsalierung der Deutschen. — Ein letzter Appell an den deutschen Völkerbund." Diesen Appell in der Rede des Herrn von Rheinbaben und in der Entschließung bringt das Blatt in Fettdruck.

Aus den zahllosen Berichten der Provinzpresse über die Kundgebung heben wir besonders hervor einen langen eigenen Drahtbericht der **„Dresdner Neuesten Nachrichten"** (Nr. 15), in dem es heißt: „Der Einladung des Ostbundes hatten Tausende Folge geleistet. Der Riesensaal war überfüllt." Den Hauptinhalt der Entschließung gibt auch dieses Blatt in Fettdruck wieder.

Die **„Kasseler Post"** (Nr. 19) bringt einen eingehenden Bericht über die Kundgebung unter der Überschrift: „Gegen Entrechtung und Terror!" — Auch hier ist der Appell an den Völkerbund fettgedruckt.

In großer Aufmachung auf der ersten Seite berichtet über unsere Kundgebund die **„Märkisch-Posener Ztg."** (Meseritz) in Nr. 14. Von den vielen sonstigen Berichten seien noch hervorgehoben die des **„Geselligen"** (Schneidemühl), der **„Elbinger Ztg."**, des **„Landsberger Generalanz."**, der **„Königsberger Allg. Ztg."**, der **„Ostpreuß. Ztg."** (Königsberg), der **„Königsberger Hartungschen Ztg."**, des **„Liegnitzer Tagebl."**, der **„Schles. Ztg."**, der **„Schles. Tagespost"** usw. usw.

In längerer oder kürzerer Form berichtet die gesamte deutsche Tagespresse über die Kundgebung, wobei die wichtigsten Stellen der Reden scharf und eindrucksvoll hervorgehoben werden.

*

Sonstige Protestkundgebungen.

In der Kundgebung der Deutschnationalen Partei im „Clou" in Berlin, die zugleich mit der unsrigen stattfand, sprachen die Reichstagsabgeordneten Laverrenz und Dr. Kleiner-Beuthen O.-S. sowie Pfarrer Hoinka. Auch diese Kundgebung nahm einen großartigen Verlauf und endete mit Annahme einer geharnischten Entschließung.

Zwei Tage vorher hatte im Lehrervereinshause in Berlin der Deutsche Ostmarkenverein eine Protestkundgebung abgehalten, bei der der neue Vorsitzende dieses Vereins, Herr Major Wagner, sowie Herr Abgeordneter Kleiner sprachen, die beide sich starken Beifalls erfreuten, woraufhin einmütig eine Protestentschließung angenommen wurde.

Auch im Reiche fanden vielfach Protestkundgebungen statt, z. T. unter Mitwirkung und unter Führung der örtlichen Organisationen des Deutschen Ostbundes. Es ist aus räumlichen Gründen unmöglich, über all diese Veranstaltungen zu berichten. Hervorheben möchten wir aber eine besondes glänzend verlaufene Protestkundgebung in Frankfurt/Main, die in der deutschen Presse besondere Beachtung gefunden hat und über die uns berichtet wird:

Die Ostbund-Ortsgruppe Frankfurt a. M. veranstaltete gemeinsam mit dem Verein für das Deutschtum im Auslande und mit Unterstützung sämtlicher Grenzlandverbände am 12. Januar im großen Saal des Zoologischen Gartens eine öffentliche Kundgebung gegen die Mißhandlung der Deutschen in den abgetretenen Ostgebieten. Herr Pfarrer Meyer, der 1. Vorsitzende des V. D. A., wies in kurzer Ansprache darauf hin, daß der Osten unter Zurückstellung seiner eigenen Nöte über ein Jahrzehnt lang für den Westen eingetreten sei und daß es deshalb nach Räumung der Rheinlande Ehrenpflicht des Westens sei, mit allen Kräften dem Osten zu helfen. Die Jungschar des Ostbundes Frankfurt a. M. brachte einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Sprechchor zum Vortrag. Herr Prälat Ulitzka, Ratibor, M. d. R., schilderte, wie das seit Jahrhunderten deutsche Oberschlesien gegen den Willen der Mehrheit seiner Bevölkerung durch Lüge und Gewalt an Polen ausgeliefert wurde und wie die deutsche Bevölkerung von polnischen Banden tyrannisiert wird, ohne Schutz bei den polnischen Behörden zu finden. Es ist gefährlich, so warnte der Redner, nur von der Rückgabe des Korridors zu sprechen, da Deutschland den ganzen Osten braucht, wenn es nicht verkümmern soll. Für die Beurteilung, ob das Land deutsch oder polnisch ist, kann nicht der von den Polen durch die brutale Verdrängung des Deutschtums herbeigeführte heutige Stand der Bevölkerung, sondern nur das Nationalitätenverhältnis zur Zeit der Abstimmung maßgebend sein. Ohne Revision kann es zu einem wirklichen dauerhaften Frieden in Europa nicht kommen. Von der deutschen Delegation in Genf muß verlangt werden, daß sie nicht wieder ihre Zustimmung zu einem Beschwichtigungskompromiß gibt, daß sie vielmehr klar und eindeutig erklärt: Das deutsche Volk ist der Überzeugung, daß Polen den Vertrag durch die einzig dastehende brutale Behandlung der deutschen Minderheit gebrochen hat. Es erträgt das durch Gewalt herbeigeführte Unrecht in der Hoffnung, daß der Zeitpunkt der Wiedergutmachung kommen wird und kommen muß. Es wird niemals auf deutsches Land im Osten verzichten. Der Vorsitzende des Ostbundes, Herr Prager, brachte die nachstehende Entschließung zur Verlesung, die einstimmig angenommen wurde. Mit dem Deutschlandliede wurde die große Kundgebung geschlossen.

Entschließung:

Die vom Deutschen Ostbund und dem Verein für das Deutschtum im Auslande unter Mitunterstützung aller Grenzlandverbände einberufene Versammlung Frankfurter Bürger gibt ihrer Entrüstung Ausdruck über den gegen deutsche Brüder und Schwestern im abgetretenen Gebiete von Polen verübten Terror. Tausende Frankfurter Bürger erheben entschiedensten Protest gegen die wachsende planmäßige Unterdrückung und Entrechtung deutschen Volkstums in Polen und den dadurch begangenen Bruch des Genfer Vertrages. Sie werden sich aufs neue bewußt des Unnsinns und des Unrechts der Genfer Grenzziehung, deren erschütterndste Auswirkung das dauernde Martyrium der Deutschen in dem an Polen gefallenen Gebiete ist. Die Versammlung erwartet von der deutschen Reichsregierung, daß sie auf der bevorstehenden Ratstagung in Genf keine Verschleierung der Wahrheit und keine Verschleppung des Verfahrens dulden und sich nicht mit leeren Versprechungen abfinden lassen, sondern wirksame Sicherungen zum Schutze der Deutschen in Polen fordern wird. Der Zeitpunkt ist gekommen, wo auf den dauernden Bruch des Genfer Abkommens seitens Polens und auf das Unrecht und die Unhaltbarkeit des durch die Genfer Grenzziehung geschaffenen Zustandes klar und entschieden hingewiesen werden muß. Vom Völkerbund erwartet die Versammlung, daß er sich als Garant der bestehenden Verträge seiner den Deutschen im abgetretenen Gebiete gegenüber übernommenen Verpflichtungen bewußt und sich um ihre Erfüllung endlich ernstlich bemühen wird, daß er darüber hinaus in eine gründliche Prüfung der durch das Genfer Diktat geschaffenen Lage eintreten und aus dem gewonnenen Ergebnis im Bewußtsein seiner Verantwortung die Konsequenzen ziehen wird.

Deutschlands Kampf in Genf.

Polens Werbung um Bundesgenossen.

Man muß zugeben, daß Polen gut vorbereitet den Genfer Kampfplatz betritt. Frankreich wird seinen brauchbaren Vasallen nicht im Stich lassen. Die große französische Presse hat sich alle Mühe gegeben, um den schlechten Eindruck, den der Wahlterror und die Brest-Litowsker Affäre im Ausland gemacht haben, zu verwischen. Zaleski hat, wie er es immer zu tun pflegt, vor Beginn der Tagung bei Briand in Paris vorgesprochen und sich davon überzeugt, daß zwischen Paris und Warschau in allen wichtigen Fragen grundsätzliche und weitgehende Übereinstimmung besteht. Frankreich seinerseits hat es auf sich genommen, die Schwierigkeiten, die etwa von englischer Seite bereitet werden könnten, aus dem Wege zu räumen. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen ist Henderson gezwungen, dem militär- und goldgewaltigen Alliierten in Paris Gefolgschaft zu leisten. Die Haltung Englands scheint bei dem Besuch, den Henderson auf der Durchreise nach Genf dem französischen Außenminister in Paris abgestattet hat, festgelegt worden zu sein: Das Foreign Office vertritt die Ansicht, daß die deutschen Forderungen ungewöhnlich weitgehend seien und daß es Englands Aufgabe in Genf sei, auf eine Mäßigung dieser Forderungen hinzuwirken. Die kritische Stellungnahme gegen Polen, die in einem Teil der englischen Presse in letzter Zeit zum Ausdruck gekommen ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Londoner Regierung, die im eigenen Lande und im Weltreich mit den denkbar größten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, gegenüber Frankreich in einer Zwangslage befindet, die wohl als peinlich, gefährlich und wenig ehrenvoll empfunden wird, aus der es aber z. Zt. keinen Ausweg zu geben scheint. Das ist um so bedeutungsvoller, als Henderson auf Vorschlag des deutschen Außenministers Dr. Curtius den Vorsitz in der Ratstagung führt.

In Rom ist, laut einer kürzlichen Meldung der „Chicago Tribune“, eine polnische Geheimmission unter Führung eines polnischen Obersten eingetroffen, um „auf Basis der engen italienisch-polnischen Freundschaft gemeinsame Sicherungen des europäischen Friedens“ zu besprechen. Polen bemüht sich in Italien, eine Einheitsfront gegen Deutschland in der Weise herzustellen, daß die deutschen Minderheitsbeschwerden als Auftakt einer Grenzrevisionspolitik auch für Tirol bezeichnet werden. Gleichzeitig soll jene polnische **Geheimmission Italien gegenüber außenpolitische Vorschläge von prinzipieller Bedeutung gemacht haben, welche in einer Aufforderung zum gemeinsamen Kampf gegen den russischen Bolschewismus auf Basis einer Versöhnung mit Frankreich gipfeln. In diesem Falle würde Polen „kein Interesse an einem Beitritt zur kleinen Entente haben“ und sich „an der italienischen Adriapolitik für unbeteiligt erklären.** — Richtig an dieser Nachricht ist **jedenfalls, daß** in der Tat Versuche einer Fühlungnahme Polens in Italien unternommen worden sind; man kann wohl ohne weiteres annehmen, daß eine solche neue „Vermittlungsaktion“ zwischen Italien und Frankreich, auf Kosten der italienisch-russischen und italienisch-deutschen Freundschaft, nicht ohne das Vorwissen Frankreichs erfolgt ist. Es ist anzunehmen, daß diese Ideen, welche auf eine völlige Isolierung Deutschlands und auch Rußlands in der europäischen Politik hinauslaufen, schon von langer Hand vorbereitet worden sind. — Die italienische Presse ist auf die Meldung der „Chicago Tribune“ mit keinem Worte eingegangen. Ihre bisher musterhaft gewahrte Neutralität gegenüber der deutschen Minderheitsbeschwerde scheint darauf hinzudeuten, daß Italien keine Lust hat, auf die polnischen Lockungen einzugehen.

Polen auf der Anklagebank.

Die Aussprache über die deutsch-polnischen Streitfragen hat Dr. Curtius am Mittwoch mit einer großen Rede eingeleitet. Den Gegenangriff **Zaleskis** hat Dr. Curtius in einer zweiten Rede am gleichen Tage pariert. Der Reichsaußenminister führte in seinen Reden u. a. folgendes aus: So sehr auch in der Vergangenheit die deutsche Minderheit durch Unterdrückung und Gewalttaten gelitten habe, so werde doch alles übertroffen durch das Maß der Leiden, das die deutsche Bevölkerung in Polen vor den polnischen Wahlen über sich habe ergehen lassen müssen. Von der körperlichen Bedrohung bis zur Zerstörung von Eigentum und jeder Art moralischen Zwanges seien unter Begünstigung durch die Behörden alle Mittel angewandt worden, um die Minderheit ihrer politischen Rechte zu berauben. Dr. Curtius ging ausführlich auf die Tätigkeit der Aufständischen-Verbände und die Haltung des Wojewoden Grazynski ein, den er als den geistigen Führer der Verbände und als den bösen Geist des Deutschtums in Ostoberschlesien bezeichnete. Er erinnerte daran, daß alle polnischen Versuche, den Deutschen in Polen eine illoyale Haltung gegenüber dem polnischen Staate nachzuweisen, kläglich gescheitert seien. Er wies auf die günstige Lage hin, deren sich die polnische Minderheit in Deutschland im Gegensatz zur deutschen Minderheit in Polen erfreue. Dr. Curtius wandte sich scharf gegen die polnische Taktik, den Terror gegen die Deutschen mit dem Hinweis darauf zu „entschuldigen“, daß auch die polnischen Oppositionsparteien und die übrigen Minderheiten, namentlich die Ukrainer, terrorisiert worden sind. Er wandte sich auch gegen die Versuche, den Terror als eine „natürliche Folge“ der deutschen Revisionsbestrebungen hinzustellen. Die unveränderliche Haltung aller deutschen Regierungen und des deutschen Volkes zu dieser Frage sei in aller Welt bekannt. Da aber niemals ein Zweifel darüber gelassen worden sei, daß Deutschland die Revision auf friedlichem, vertragsmäßigem Wege anstrebe, könne die deutsche Haltung niemals den Vorwand für eine Unterdrückung der deutschen Minderheit abgeben. Der Völkerbundsrat habe die Verletzung der Verträge durch Polen klar festzustellen und die praktische Durchführung der Wiedergutmachung zu garantieren und darüber hinaus Vorsorge zu treffen, daß ähnliche Vorkommnisse sich in Zukunft nicht wiederholen. Der Rat müsse sich mit der Tätigkeit des Aufständischen-Verbandes und dessen Beziehungen zu den Behörden eingehend befassen. Er müsse für rücksichtslose Bestrafung der schuldigen Beamten, in der Verwaltung für personelle Gewähr einer unparteiischen Handhabung des Minderheitenschutzes und für die Beseitigung der ständigen Bedrohung der Minderheit durch chauvinistische Verbände sorgen.

Der polnische Außenminister Zaleski bemühte sich in seinen zwei Antwortreden vergeblich, Deutschland die moralische Schuld an den Vorgängen in Ostoberschlesien zuzuschieben (Treviranusrede!). Die territoriale Unverletzlichkeit Polens stehe „außerhalb jeder Diskussion.“ Zaleski griff, um die Aufmerksamkeit von Polen abzulenken, die deutsche Minderheitenpolitik in der unverantwortlichsten Weise an. Trotz der Aussagen der Angeklagten im Golassowitzer Prozeß in dem sich der Hauptschuldige und zwei weitere Angeklagte als Nationalpolen bekannten, blieb Zaleski dabei, daß der Polizeibeamte Schnapka „zweifellos“ von Deutschen ermordet worden sei (!). Zaleski versuchte schließlich sogar, den Aufständischenverband als „vaterländische Organisation“ in Schutz zu nehmen und eine Schuld der polnischen Behörden in Abrede zu stellen! Er besaß die Geschmacklosigkeit, den Ehrenpräsidenten der Aufständischen-Prügelkommandos, den Wojewoden Grazynski, mit dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Parallele zu stellen (!). Er schien sich der Schwäche seiner Position aber doch so sehr bewußt zu sein, daß er die Terrorakte an sich nicht leugnete, die Sühneforderungen „im Grundsatz“ anerkannte und in seiner zweiten Rede überhaupt darauf verzichtete, noch einmal auf die Anklagen des deutschen Außenministers einzugehen.

Die ukrainische Frage in Genf.

Zu den ungeheuerlichen Maßnahmen, die die polnische Regierung gegenüber der ukrainischen Bevölkerung ergriffen hat und die in allen Ländern auf das schärfste mißbilligt worden sind, liegen beim Völkerbund nunmehr folgende Beschwerden vor: 1. Beschwerde von 65 Abgeordneten des englischen Parlaments; 2. Beschwerde zahlreicher englischer Bischöfe, Professoren, Schriftsteller und Ärzte, die gleichzeitig auch dem englischen Außenminister Henderson übergeben ist; 3. Beschwerde des ukrainischen parlamentarischen Klubs in Warschau; 4. Beschwerde der ukrainischen Professoren an der Universität Prag; 5. Beschwerde des ukrainischen Sejmabgeordneten Rudnitzki. Ferner sind im Sekretariat des Völkerbundes an die 800 Protesttelegramme ukrainischer Organisationen in Amerika eingegangen.

In diesen Beschwerden wird die polnische Regierung aufs schwerste auf Grund eines eingehenden Urkundenmaterials belastet. Eine Erörterung dieser Beschwerden auf der Januartagung des Völkerbundsrates wird jedoch aller Voraussicht nach nicht erfolgen, da die polnische Regierung bisher zu den Beschwerden noch nicht Stellung genommen hat. Eine Behandlung dieser Beschwerden vor dem Völkerbundsrat kann nur erfolgen, wenn ein Mitglied des Völkerbundsrates den Antrag auf sofortige Eröffnung der Verhandlungen im Völkerbundsrat stellt. Ein derartiger Antrag liegt jedoch nicht vor.

*

Die Grenzrevisionsfrage bei der Reichsgründungsfeier.

Bei der offiziellen Reichsgründungsfeier in Berlin im Reichstage, an der auch der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg teilnahm, erwähnte zu unserer Genugtuung der Festredner, der hochbetagte Reichstagsabgeordnete Dr. Kahl, der bekannte Rechtslehrer, auch die Notwendigkeit der Abänderung der Ostgrenzen, indem er in seiner Festrede zum Schluß sagte: „Wir müssen weiter kämpfen gegen aufgezwungene Verträge, **geschändete Grenzen** und um unsere Wehrhaftigkeit.“

Unverzüglich **müssen Neubestellungen auf unser „Ostland“ für die Monate Februar/März aufgegeben werden.** Bei später erfolgend. Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspr. für **2 Monate beträgt 1,— M. (ohne Zustellungsgeb.)**

„Ganz wundervolle Aufnahmen denkwürdiger Baulichkeiten und Landschaften aus dem Osten

bringt der „Ostdeutsche Heimatkalender" für 1931." So urteilt das in Posen erscheinende „Evgl. Kirchenblatt", Monatsblatt für das evgl. Leben in Polen, in seinem Dezemberheft 1930 (Nr. 3), eine Zeitschrift, die wir allen evgl. Lesern, namentlich den Bedrängten, aufs wärmste empfehlen können. Ihr Lob wird hoffentlich diejenigen, die den Kalender noch nicht bestellt haben, veranlassen, ihn unverzüglich anzuschaffen. Jeder wird sich nicht nur über die prächtigen Bilder, sondern noch mehr über den nicht minder prächtigen und vielseitigen Inhalt, der Heimatkundliches über alle Teile des Ostens enthält, freuen. Der Kalender kostet trotz seiner Reichhaltigkeit nur 1,50 RM. und für unsere Mitglieder sogar nur 1,20 RM. Dieser Betrag zuzüglich 30 Pf. für die Zusendung ist einzusenden auf unser Postscheckkonto Berlin 104 726. Der billige und schöne Kalender darf in keinem ostmärkischen Hause fehlen!

Von den Polen in Deutschland.

Memorandum des Polenbundes für Reichskanzler Dr. Brüning.

Wie der Krakauer „Illustrowany Kurjer" meldet, hat der Polenbund an den Reichskanzler nach Berlin ein Memorandum abgesandt, das die angeblich tragische Lage der polnischen Minderheit zu schildern versucht. Das Memorandum, das in Abschrift auch dem Präsidenten der Gemischten Kommission überreicht worden ist, zählt insgesamt 16 angeblich „schwere Terrorakte" auf, die sich bei objektiver Prüfung als harmlose Kindereien bzw. Lappalien herausstellen. Neben vier anonymen Drohbriefen werden fünf eingeschlagene Fensterscheiben registriert bzw. die Einschlagung eines polnischen Transparents. Ein weiterer „Terrorakt" besteht in einer Keilerei in einem Gasthause, nach der der betreffende Minderheiten-Angehörige aber nicht deshalb nach Frankreich gegangen ist, weil er vor Mißhandlungen durch die Deutschen Furcht hatte, sondern weil er von einem reichen Mädchen einen Korb bei der Aufforderung zum Tanz bekam. Ein weiterer „Terrorakt" besteht, von der angeblichen Anpöbelung einer Polin auf der Straße abgesehen, darin, daß ein Gastwirt die Hergabe seines Saales für eine polnische Veranstaltung verweigert hat. Schließlich werden noch zwei Schlägereien erwähnt, die nach den amtlichen deutschen Untersuchungen keinerlei nationalpolitischen Hintergrund haben, sondern gewöhnliche Raufhändel darstellen. Es muß ferner festgestellt werden, daß in allen diesen Fällen, im Gegensatz zu den Terrorakten gegen deutsche Minderheitsangehörige in Ostoberschlesien, die deutsche Staatsanwaltschaft sofort die Ermittlungen aufgenommen und die festgestellten Täter zur Rechenschaft gezogen hat, während jenseits der Grenze die Behörde die Unruhestifter, wenn nicht materiell, so doch ideell unterstützt.

Anklage gegen die polnischen Flieger.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der Staatsanwalt gegen die in Oppeln gelandeten polnischen Militärflieger Anklage wegen Grenzverletzung und Paßvergehens erheben.

Osthilfe

Eine Milliarde für den Osten?

Zwischen dem Reich und den Preußischen Ressorts haben eingehende Verhandlungen über die endgültige Ausgestaltung der Osthilfe stattgefunden. Von der Reichsregierung sind zwei Gesetzentwürfe fertiggestellt worden, und zwar ein Osthilfegesetz und ein Gesetz zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Nach einer überschläglichen Berechnung werden auf Grund dieser beiden Gesetze durch den Sechsjahresplan dem deutschen Osten Mittel in der Höhe von annähernd einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt werden.

Diese Mittel verteilen sich im einzelnen wie folgt: Für Bürgschaften und Darlehen zum Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung werden Mittel bereitgestellt, die den Betrag von 150 Mill. ℳ nicht übersteigen sollen. Für die Zwecke der landwirtschaftlichen Umschuldung werden darlehensweise 100 Mill. ℳ zur Verfügung gestellt, und zwar 1931 und 1932 je 50 Mill. ℳ. Diese Mittel sollen u. a. verwendet werden „zur Einlösung verzinslicher Verpflichtungsscheine zentraler Kreditinstitute mit fünfjähriger Laufzeit". Weitere 100 Millionen werden als Bürgschaften für die Umschuldung bereitgestellt, und zwar 1931 10 Millionen, in den Jahren 1932 bis 1935 je 20 Mill. ℳ und 1936 wiederum 10 Mill. ℳ.

Zur Behebung der sozialen und kulturellen Notlage in den Ostgebieten werden in den Jahren 1932 bis 1935 je 20 Mill. ℳ verwendet werden.

Für den Bau von Eisenbahnen und Kraftfahrlinien wird ein Betrag von 130 Mill. ℳ der Reichsbahn darlehnsweise zur Verfügung gestellt. Über die Form und Verzinsung dieser Darlehen wird die Reichsregierung mit der Reichsbahn verhandeln. Insgesamt ist der Ausbau von elf Eisenbahnlinien, gemäß dem früheren Osthilfegesetzentwurf, vorgesehen. Neun dieser Linien entfallen auf den Osten, während zwei, wie auch schon früher vorgesehen war, auf den Westen entfallen.

Für Zwecke der Betriebssicherung werden alsdann 100 Mill. ℳ bereitgestellt, und zwar von 1932 an je 25 Mill. M. Reich und Preußen übernehmen außerdem gemeinsam für 120 Mill. ℳ Bürgschaften für Darlehen zur Umschuldung.

Dazu kommen schließlich die Mittel zur Lastensenkung, die für die Jahre 1932 bis 1935 im gleichen Umfange wie für 1931 vorgesehen sind. Diese Mittel werden u. a. verwendet werden zur Realsteuersenkung und zur Senkung der Schiffahrtsabgaben.

Über die Hilfe für Handel, Handwerk und Gewerbe finden sich besondere Bestimmungen, und hier wird über Einzelfragen das Kabinett noch eine Entscheidung zu treffen haben. Es ist u. a. eine Frachtenermäßigung geplant, die 15 bis 20 Millionen Mark erfordern würde. Vom preußischen Handelsministerium ist vorgeschlagen worden, die Aufbringungsumlage nicht mehr zu erheben. Das würde für das Reich einen Einnahmeausfall von 10 bis 12 Mill. ℳ bedeuten. Der Reichsfinanzminister und die preußische Staatsregierung sollen außerdem zu gleichen Teilen Bürgschaften bis zur Höhe von 25 Mill. ℳ für Darlehen und zur Befriedigung der gewerblichen Kreditverhältnisse und zur Umschuldung übernehmen.

Weiterhin finden sich im Osthilfegesetz organisatorische Bestimmungen darüber, daß die Reichsregierung ermächtigt wird, alte Landstellen aufzulösen und neue zu errichten. Es werden weiter die Befugnisse der Landstellen geregelt. Um einen Überblick über die Vermögensverhältnisse der Schuldner zu gewinnen, sollen die Landstellen ermächtigt sein, Listen der Vermögensstücke und eidesstattliche Erklärungen anzufordern. Soweit die frühere Notverordnung des Reichspräsidenten durch die Bestimmungen des Osthilfegesetzes geändert ist, wird diese Notverordnung aufgehoben werden.

Im § 2 des Osthilfegesetzes wird ausdrücklich gesagt, daß die Neusiedlung und die Anliegersiedlung mit besonderem Nachdruck und vorwiegend in den dünn bevölkerten Gebieten des Ostens betrieben werden sollen. Zu diesem Zwecke sollen, wie schon erwähnt, Bürgschaften und Darlehen bis zur Höhe von 150 Millionen ℳ bereitgestellt werden. Die vor kurzem gegründete Siedlungsbank soll von allen Steuern und Abgaben befreit sein, und endlich sollen zur Ansässigmachung von landwirtschaftlichen Arbeitern besondere Einrichtungskredite gewährt und Kleinstellen ausgelegt werden.

Scharfe Kritik am Aufbau der Osthilfe.

Der Leiter der Oststelle Königsberg, Mussehl, hat in einem Schreiben an den Reichskommissar Treviranus um seine Enthebung vom Posten als Leiter der Oststelle Königsberg gebeten. Mussehl begründet diesen Schritt mit dem völligen Versagen der Osthilfeaktion, der es bisher nicht gelungen sei, auch nur einen einzigen Pfennig an die notleidenden Osthilfegebiete, abgesehen von früheren Spezialmaßnahmen für Ostpreußen, zur Verfügung zu stellen.

Bundesnachrichten.

Hauptvorstandssitzung.

Im großen Sitzungssaale des Deutschen Ostbundes in Berlin fand Sonnabend den 17. Januar eine Sitzung statt, die mit einer kurzen Mittagspause von 10 bis 20 Uhr dauerte und in der eine reichhaltige Tagesordnung erledigt wurde. An dem größten Teil der Sitzung nahm auch unser Ehren-Bundespräsident, Herr Geheimrat von Tilly, teil, zeitweise den Vorsitz führend. Bundespräsident Ginschel widmete dem verstorbenen Hauptvorstandsmitglied, Herrn Hauptmann a. D. Scharlach, dem Vorsitzenden unseres Landesverbandes Schlesien, einen herzlichen Nachruf und gedachte in ehrenden Worten auch des Herrn Lehrer Heisig, Breslau. Er teilte dann mit, daß Herr Dr. Lüdtke infolge eines Grippeanfalles bettlägerig ist und deshalb an der Sitzung leider nicht teilnehmen könne und der Versammlung herzliche Grüße übermitteln lasse. Mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand und dringenden ärztlichen Rat habe Herr Dr. Lüdtke seine schon im Sommer dem Bundes-Direktorium gegenüber geäußerte Absicht, das Amt als Bundespräsident, das ihm durch das Vertrauen der Bundesversammlung vor zwei Jahren übertragen wurde, vom 1. Januar ab niederzulegen, ausgeführt. Das Bundespräsidium habe mit Bedauern von diesem Entschluß Kenntnis genommen, durch einstimmige Entschließung Herrn Dr. Lüdtke herzlichst gedankt für seine Tätigkeit als Bundespräsident und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Herr Dr. Lüdtke, der natürlich Mitglied des Bundespräsidiums

und Leiter der Kulturabteilung bleibt, nach der im Interesse seines freien Schaffens von ihm so dringend gewünschten Entlastung von Verwaltungsgeschäften sich recht bald wieder voller Gesundheit erfreuen möge. Der Hauptvorstand nahm im gleichen Sinne von der Niederlegung des Amtes als Bundespräsident seitens des Herrn Dr. Lüdtke Kenntnis und beschloß, ihm auch seinerseits herzliche Wünsche für seine baldige Wiederherstellung und weiteer erfolgreiche Tätigkeit zu übermitteln.

Der Hauptvorstand nahm ferner davon Kenntnis, daß Herr Dr. Hoffmeister, der eine neue Dienststelle in Ratibor angetreten hat, seine Ämter im Deutschen Ostbund niedergelegt hat und erklärte sich damit inverstanden, daß die Leitung der Jugendstelle dem bereits seit Juni v. J. im Deutschen Ostbund tätigen Herrn Dr. Ernst-Otto Thiele übertragen worden ist, der seit langem auf diesem Gebiete zu Hause ist. Die Oberleitung der Jugendbewegung im Deutschen Ostbund, wie auch die zentrale Bearbeitung der Frauendienst-Angelegenheit behält Herr Dr. Lüdtke.

In den Hauptvorstand wurden auf Vorschlag des Bundes-Direktoriums, das nunmehr aus den Herren Bundespräsident Ginschel und Geheimrat Schmid besteht, die Herren Oberlandesgerichtsrat Dr. Thieme (Landesverband Hannover-Braunschweig) und Gawlista (Landesverband Oberschlesien) zugewählt. Satzungsgemäß müssen diese Zuwahlen von der nächsten Bundesversammlung bestätigt werden.

In Erledigung der Tagesordnung gab Bundespräsident Ginschel in großen Zügen ein Bild von der Lage des Deutschen Ostbundes, wobei er betonte, daß zwar die schlechte Wirtschaftslage, unter deren Druck die Verdrängten in ganz besonderem Maße leiden, auch auf den Ostbund seine Rückwirkung gehabt, daß aber seine Arbeit auf den verschiedenen Hauptgebieten seiner Tätigkeit, sein Ansehen, sein Einfluß und die Festigkeit seiner Organisation gestiegen seien, was nähere Darlegungen über die Erfolge auf den einzelnen Arbeitsgebieten bewiesen. Redner besprach dabei auch das Verhältnis zu amtlichen Stellen und zu anderen Verbänden und gab dem lebhaften Wunsch nach dem Zustandekommen einer Einheitsfront der Verbände und — bei aller Wahrung der Unabhängigkeit — nach einer Zusammenwirkung mit den zuständigen amtlichen Stellen in den Fragen der wirtschaftlichen und kulturellen Förderung des Ostens, des Schutzes der Minderheiten in Polen und der Förderung der großen politischen Zukunftsaufgaben des Ostens Ausdruck. Diesem Wunsche schloß sich der Vorstand einhellig an.

Es fanden dann sehr eingehende Besprechungen über die internen Verhältnisse des Bundes statt, die damit abschlossen, daß die Versammlung einhellig erklärte, in allen erörterten Punkten volle Aufklärung erhalten zu haben.

Die nächste satzungsgemäße Bundesversammlung wurde für die Frühjahrsmonate in Aussicht genommen. In ihr sollen die Bundessatzungen einer zeitgemäßen Neubearbeitung unterzogen werden. Der vorliegende Entwurf wird von einem Ausschuß durchgearbeitet und rechtzeitig den Landesverbänden zur Besprechung in den Vertreterversammlungen den Ortsgruppen zugeleitet werden. Die Richtlinien für die Abänderungen der Satzungen wurden vom Herrn Bundespräsidenten Geheimrat Schmid vorgetragen und kurz besprochen.

Herr Ginschel berichtete kurz über den Stand der Entschädigungs-Angelegenheiten. Die Anwesenden erklärten sich mit dem Vorgehen des Ostbundes in dieser Frage einverstanden.

Die Erledigung wichtiger Organisationsfragen mußte der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt werden.

Eine kurze Aussprache wurde der Frage, wo und wann die nächste außerordentliche Bundestagung stattfinden soll, gewidmet. Es liegt eine Einladung des Landesverbandes Hessen-Nassau vor, sie in Frankfurt a. M. — mit Kundgebung in Darmstadt und Wiesbaden und einem Rheinausflug — abzuhalten. Die endgültige Beschlußfassung wurde dem Bundespräsidium überlassen, das sich zunächst mit den Landesverbänden verständigen wird.

Nachdem noch einige wichtige Mitteilungen gemacht und Fragen beantwortet worden waren, wurde die arbeits- und ergebnisreiche Tagung geschlossen.

Die Entwicklung der Schuldbuchkurse.

Leider haben die Hoffnungen auf ein weiteres Steigen der Schuldbuchkurse, die wir in unserer letzten Veröffentlichung zum Ausdruck brachten, sich nicht erfüllt. Die in den früheren Jahren Mitte Januar eingetretene Erleichterung auf dem Geldmarkt ist in diesem Jahre in das Gegenteil verkehrt worden. Starke Ansprüche, die die Steuerfälligkeiten mit sich brachten, sowie unerwartete, große Käufe von Auslandsvaluten, die hiermit verbundene Gold- und Machtpolitik Frankreichs, die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders in bezug auf die immer größer werdende Zahl der Arbeitslosen und nicht zuletzt auch die Mitteilung des Reichsfinanzministers über das Reichsdefizit von einer Milliarde sind wohl hauptsächlich die Gründe hierfür. Wiederum sind es in erster Linie die Reichsanleihen, besonders die Reichsschuldbuchforderungen, die von der Geldentwicklung ungünstig beeinflußt werden. Der größte Tiefstand der Schuldbuchkurse dürfte aber überwunden sein. Am 20. Januar wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt: 1931 99, 1932 95¾, 1933 89½, 1934 86, 1935 81½ (neue, Polenschädenkommissar 80½), 1936 79¼ (neue 77¾), 1937 73½, 1938 73¾, 1939 70½ (neue 69½), 1940 69½ (neue 68½), 1941 67 (neue 67), 1942 65½, 1943 64½, 1944 64 (neue 62½), 1945/48 63 (neue 61¾); Wiederaufbauzuschläge: 1944/45 23¾, 1946/48 23¼ v. H.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Die Ortsgruppe Berlin-Nord hielt am 5. Januar 1931 ihre Monatsversammlung im Kriegervereinshaus, Chausseestr. 94, ab. Der Vorsitzende, Herr Schulz, gab einen kurzen Rückblick über die wichtigsten Geschehnisse des vergangenen Jahres. Die Versammlung ehrte das Andenken ihrer verstorbenen Mitglieder durch stilles Gedenken. Herr Martin Biewald behandelte in einem Vortrage die „Meisterung des Schicksals". Es folgten geschäftliche Mitteilungen und Auskünfte über Erlaß der Hauszinssteuer sowie Fürsorge für Versicherte aus den abgetretenen Gebieten. Eine Tellersammlung für die notleidenden Deutschen in der alten Heimat ergab den Betrag von 62 RM., die dem „Konto Heimatspende" des Deutschen Ostbundes zugeführt wurden. Die Versammlungen der Ortsgruppe finden in Zukunft nicht mehr an jedem 1. Montag nach dem 1. jedes Monats, sondern am 1. Montag nach dem 15. jedes Monats statt. Nächste Versammlung (Generalversammlung) am 16. Februar 1931.

Ortsgruppe Rathenow (Havel). Am 21. Dezember 1930, abends 8 Uhr, beging die Ortsgruppe im Vereinslokal „Deutsches Haus" die Weihnachtsfeier, die mit einer Bescherung der Kinder verbunden war. Der Vorsitzende, Herr Moldtmann, gedachte in seinen Einleitungsworten der Deutschen in Polen und mahnte zu Einigkeit auch im kommenden Jahre. Anschließend wurden auf der Bühne einige Weihnachtsmärchen von Kindern aus Mitgliederkreisen vorgetragen, die unter der Leitung der Vorsitzenden der Frauengruppe, Frau Isser, einstudiert worden waren und reichen Beifall ernteten, wie auch zwei Gesangsvorträge von Frau Rehberg.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Forst (Lausitz). In der Novemberversammlung wurde die Lichtbildreihe „Ostpreußen" gezeigt, zu der Frl. Ott den erläuternden Vortrag hielt. Das Ostmärker-Streichquartett bot mit bekannter Meisterschaft Werke von Haydn und Mozart. Am 14. Dezember veranstaltete die Ortsgruppe eine schlichte Weihnachtsfeier. Den stimmungsvollen Rahmen schuf das Streichquartett mit einer Reihe seltener und hochwertiger Weihnachtswerke. Herr Reichert sang einige Krippenlieder, die in ihrem wundervollen Satz und ihrer schlichten Melodie zu reinem, innerlichem Erklingen kamen. Es folgten Gedichtsvorträge und zwei Weihnachtsfestspiele, die reichen Beifall fanden. In seiner Ansprache fand Herr Otto Hübner ehrende Worte für den verstorbenen 1. Vorsitzenden und wußte die tiefe Poesie des deutschen Weihnachtsfestes den Anwesenden recht deutlich vor Augen zu führen. Mit einer kleinen Bescherung fand die Weihnachtsfeier ihr Ende.

Die Ortsgruppe Küstrin veranstaltete am 28. Dezember eine gutbesuchte Weihnachtsfeier, die mit einer würdigen Ansprache des 1. Vorsitzenden, Herrn Justizinspektors i. R. Fitzner, und gemeinsamem Gesang eingeleitet wurde. Hierauf folgte ein Theaterstück, wirkungsvoll und flott gespielt von Kindern; turnerische Vorführungen einer Jugendabteilung unter Mitwirkung des Lehrers wurden gezeigt. Reichen Beifall erntete die kleine Theatergruppe und ebenfalls die Turner. Eine kleine Weihnachtsbescherung schloß sich an; annähernd 100 Kinder wurden reichlich mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Die älteren Teilnehmer blieben noch einige Stunden bei fröhlicher Stimmung und Tanz beisammen.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die Ortsgruppe Essen beging am 27. Dezember ihr Weihnachtsfest. In dem von der Frauengruppe festlich geschmückten Saale begrüßte Herr W. Kaschik die zahlreich erschienenen Mitglieder der Orts-, Frauen- und Jugendgruppe, sowie die Gäste. Die Vorsitzende der Frauengruppe, Frau Maaser, wies auf die Not der Deutschen in Polen hin. Ihrer Bitte um deren Unterstützung wurde durch eine Sammlung Rechnung getragen. Für ihre ausgezeichneten musikalischen Darbietungen fanden der Pianist, Herr Buchmüller, und der Geigenvirtuose, Herr Nagel, starken Beifall. Die Untersekunda des Vorbecker-Gymnasiums zeichnete sich aus durch ihren Sprechchor, dessen Leiter und Verfasser, der Untersekundaner Herr Norbisrath, stürmischen Beifall fand. Im Mittelpunkt der theatralischen Darbietungen stand die Weihnachtsfee, dargestellt durch das Mitglied der Jugendgruppe Fräulein Pehlke. Die alten Mitglieder, die das 60. Lebensjahr überschritten hatten, und 180 Kinder wurden beschert. Ganz besondere Aufmerksamkeit schenkte der Weihnachtsmann der Jugendgruppe. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Mauer, hielt eine Ansprache, in der er die Weihnachtsstimmung des vertriebenen Flüchtlingsdeutschen kennzeichnete und die Jugend im Geiste dahin führte, wo sie sich ihrer ersten Kinderjahre erfreute. In hervorragender Weise leitete das Mitglied der Frauengruppe Frau Kortmann den theatralischen Teil. Im Verlauf der Feier fanden verschiedene Ehrungen statt, wobei der frühere Vorsitzende, Herr Siol, die Ehrenurkunde des Deutschen Ostbundes erhielt. Der Vorsitzende des Ostbundes, Herr Kaschik, überreichte für die Frauengruppe ein Geschenk in Form eines Buches.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Rittergutsbesitzer Erich Schulz †.

Am 17. d. M. ist in Buckow (Neumark) nach langem schweren Leiden der Rittergutsbesitzer Erich Schultz im 68. Lebensjahre gestorben. Er war früher Besitzer des Rittergutes Wielichowo, Kreis Schmiegel, zu dem 3 Vorwerke gehörten, als tüchtiger Landwirt in weiten Kreisen bekannt. Er hinterläßt seine Gattin Marie, geb. Forstmann, mit 5 Kindern, von denen sein Sohn Viktor und sein Schwiegersohn Richard Gauß Farmer in Südwestafrika sind, während sein Schwiegersohn Dr. Theodor Blüggel in Sumatra tätig ist.

Landesverbandsvorsitzender Hauptmann a. D. Scharlach †.

Der Deutsche Ostbund hat wieder einen schweren Verlust erlitten. Ein hochgeschätztes Mitglied seines Hauptvorstandes, der Vorsitzende unseres Landesverbandes Schlesien, Herr Hauptmann a. D. Kurt Scharlach, ist am 16. d. M. nach kurzer schwerer Krankheit, erst 56 Jahre alt, gestorben. Wie er in seinem beruflichen Leben die Pflichttreue selbst war, so hat er auch als langjähriges Mitglied des Vorstandes des Landesverbandes Schlesien und, nachdem Herr Postsekretär Kühn infolge Verzuges von diesem Amt zurückgetreten war, als Vorsitzender desselben mit großer Hingebung sich den Bestrebungen des Deutschen Ostbundes gewidmet. Infolge der Lauterkeit seines Charakters und seiner sich stets gleichbleibenden Liebenswürdigkeit wirkte der kerndeutsche Mann bei Meinungsverschiedenheiten stets ausgleichend und genoß das allgemeine Vertrauen nicht nur der Mitglieder des Ostbundes, sondern darüber hinaus auch der örtlichen Leiter der anderen Organisationen, mit denen er einträchtig zusammenarbeitete. Die Verdienste, die er sich in den erwähnten Ämtern im Ostbund in langjähriger Tätigkeit, ferner auch als Mitbegründer der Spar- und Darlehnskasse und der Baugenossenschaft unseres Landesverbandes für Schlesien erworben hat, sichert ihm ein ehrenvolles Andenken. Wir erinnern uns auch dankbar der Tatsache, daß er die Einrichtung unserer Sterbegeldversicherung angeregt und daß er als Versicherungsfachmann durch seinen praktischen Rat dazu beigetragen hat, daß dieser Plan erfolgreich durchgeführt werden konnte. Der Verstorbene war von leidenschaftlicher Liebe zu seiner ostmärkischen Heimat erfüllt und setzte sich mit seiner ganzen Person für die Bestrebungen auf wirtschaftliche und kulturelle Förderung des uns verbliebenen Ostens und auf die Zurückgewinnung der uns entrissenen Gebiete ein. Er hinterläßt seine Gattin Anny, geb. Hippe, mit einer Tochter; außerdem betrauern die Mutter und ein Bruder, Major a. D. Adolf Scharlach, den Tod dieses vortrefflichen Menschen, dessen Heimgang allen, die ihn kannten, nahegegangen ist. Seine Beerdigung ist am Dienstag in Breslau erfolgt. An seinem Sarge legte die Bundesleitung einen Kranz nieder, wobei sie durch die Widmung auf der Schleife „des treuen und tapferen Vorkämpfers der Ostmark“ ehrend gedachte.

Lehrer Georg Heisig †.

Der Landesverband Schlesien des Ostbundes und seine Tochtergesellschaften, sowie unsere Ortsgruppe Breslau haben durch den Tod ihres langjährigen Vorstandsmitgliedes, des Lehrers Georg Heisig, einen zweiten schweren Verlust erlitten. Heisig ist am 11. d. M. in Breslau plötzlich am Herzschlage gestorben, nachdem er noch am Tage zuvor, obwohl er sich nicht wohlfühlte, in unbeirrbarer Pflichttreue, die bezeichnend für ihn war, einer wichtigen Sitzung unserer örtlichen Organisation beigewohnt hatte. Heisig war vor seiner Verdrängung lange Zeit Lehrer in Krotoschin, wo er sich in den Kreisen seiner Kollegen, wie auch in der Bürgerschaft hohen Ansehens erfreute, wie er auch in hohem Maße das Vertrauen seiner Vorgesetzten genoß. Er betätigte sich in Krotoschin in erfolgreichem Maße in mancherlei Ehrenämtern. Von ganz besonderer Bedeutung war seine Tätigkeit im Vorstand des „Vereins deutscher Katholiken für die Provinz Posen“, zu dessen Mitbegründern und Führern er gehörte. Sofort nach seiner Verdrängung schloß er sich dem Deutschen Ostbund an und war in den Vorständen unserer Breslauer Organisationen in seiner bescheidenen, immer zuverlässigen und hingebenden Art so umsichtig und erfolgreich tätig, daß die Vorstände unseres Landesverbandes für Schlesien und seiner Unterorganisationen in ihrem Nachruf mit Recht von einem „unersetzlichen Verlust“ sprechen. Er hat insbesondere das Amt des Kassierers im Landesverband jahrelang mit vorbildlicher Treue versehen. In der Zeit, in der dem Deutschen Ostbund die Vorprüfung der Entschädigungsanträge übertragen war, gehörte er der Leitung unserer Vorprüfungsstelle Breslau an, wobei er stets die Interessen der vielen Geschädigten, deren Angelegenheiten er zu bearbeiten hatte, mit warmer Anteilnahme, zugleich aber auch mit strenger Gerechtigkeit vertreten hat. In seiner Bescheidenheit, seiner Pflichttreue, seiner Hingebung und seiner Selbstlosigkeit war er ein typischer Ostmärker, ein kerndeutscher Mann, der den Verlust seiner ostmärkischen Heimat nicht verwinden konnte und der von glühender Vaterlandsliebe beseelt war. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!

*

Dem Schuhmachermeister **Carl Behrendt,** früher Bromberg, Bleichfelderstr. 4, jetzt wohnhaft Stettin, Barnimstr. 73, ist für treue Pflichterfüllung im Schuhmacherhandwerk das Ehrendiplom am 5. Januar von der Schuhmacher-Zwangsinnung zu Stettin überreicht worden.

Silberne Hochzeit: Anton Plichta, Schuhmacher, und dessen Ehefrau Anna, Wesel, Fleskentorstraße, fr. Neustadt, am 22. 1.

Bejahrte Ostmärker: Oberpostschaffner i. R. Karl May in Erkner, Waldstr. 1a, früher in der Provinz Posen, am 22. 1. 78 J. (M. ist langjähriges Mitglied der Ortsgruppe Erkner und hat sich trotz seines hohen Alters als Einzieher der Beiträge freiwillig in den Dienst der guten Sache gestellt); Ernst Teske, Gotha, Dorotheenstraße 43, fr. Kunzendorf b. Culmsee, 3. 2. 80 J.; Franz Zorger, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 138, fr. Thorn (Friseurgeschäft), am 14. 1. 80 J.; Marie Weinert in Berlin-Pankow, Klausthaler Str. 28, fr. Tremessen, am 1. 2. 70 J.; Frau Julianne Meth, geb. Lüdke, in Hülptingsen b. Burgdorf in Hann., fr. Posen, Grenzstr. 5, am 24. 1. 70 J.; Frau Bertha Engelmann, geb. Günther, in Burgdorf i. Hann., fr. in Posen und Rawitsch, am 25. 1. 61 J.; Richard Leetz in Halle a. d. S., Burgstr. 1, fr. Bromberg, am 30. 12. 30 70 J.; Wegemeister Ernst Wernicke in Berlin-Pankow, Hollandstr. 133, fr. in Großbartelsee b. Bromberg, am 31. 1. 80 J.; Oberwegemeister i. R. Otto Mattner in Berlin-Schöneberg, Berchtesgadener Str. 34, III, fr. in Posen, Wronke und Koschmin, am 11. 1. 70 J.; Frau Lina Abrahamsohn, geb. Waldauer, in Berlin NW 23, Bochumer Str. 19, fr. Karthaus (Wpr.), am 26. 1. 80 J.; Frau Juliane Meth in Hülptinsen b. Burgdorf i. Hann., fr. Posen, am 24. 1. 70 J.; Frau Wanda Frecken, Münster i. W., Wilhelmstr. 28, am 23. 1. 87 J.; Heinrich Ramme in Herne, Max-Wiethoff-Str. 6, fr. Zalasewo in Posen, 70 J.; Heinrich Dolle in Herne, Karlsplatz 3, fr. Gerby in Posen; Witwe Klara Oestreich in Gommern, Bez. Magdeburg, fr. Koschmin i. P., am 31. 12. 30 60 J.

Gestorben: Frau Klara Kohlhoff, geb. Beer, Ehefrau des Vorstandsmitgliedes der Ortsgruppe Berlin-Nord, Heinrich Kohlhoff aus Posen-Stadt, jetzt in Berlin N 58, Lettestr. 9, II, am 4. 1., 69 J.; Frau verw. Justizrat Martha Mannheimer, geb. Kronthal, in Frankfurt a. M., früher Posen, am 4. 1., 66 J.; Frau Auguste Heyse, verw. Wessel, geb. Bey, in Gr. Offenseth, Kr. Pinneberg (Holstein), fr. Friedrichsbruch und Wilhelmsbruch, Kr. Culm, am 8. 1., 86 J.; Frau Oberamtmann Emma Anders in Halle a. d. S., fr. Kobierno b. Krotoszyn, am 13. 1., 95 J.; Frau Hotelbesitzer Margarete Hoffmann in Meseritz (Hotel Spielhagen) am 15. 1.; die frühere Privatlehrerin Fräulein Auguste Großmann in Meseritz am 15. 1., 90 J.; Frau Reichsbahninspektor Vally Schedelbauer, geb. Teskowiecz in Frankfurt a. d. O. am 16. 1.; Frau Emilie Caesar, geb. Krüger, in Neutucheband am 15. 1., 75 J.; Frau Emilie Hartfeil, geb. Petzold, in Schneidemühl am 16. 1., 81 J.; Wwe. Emilie Freund, geb. Hinz, in Schneidemühl am 16. 1., 84 J.; Fleischermeister Franz Bernitt in Schneidemühl am 15. 1., 64 J.; Frau verw. Kommerzienrat Rothholz, geb. Weißbein, in Berlin, fr. Posen, am 14. 1., 67 J.; Landwirt Friedrich Düsterhöft in Pruszewiec, Ehrenmitgl. d. Landw. Vereins Pobiedziska, am 9. 1.; Lokomotivf. Trenner in Frankfurt a. d. O. am 5. 1., 85 J.; Frau Rosalie Hirsch in Kwieciczewo am 1. 1., 70 J.; Frau Auguste Radke, geb. Kriese, in Jasen, Bez. Posen, am 2. 1., 69 J.; Frau Elisabeth Haase, geb. Doeterich, in Posen am 30. 12., 77 J.; Frau Bertha Reschke in Posen am 27. 12.; Besitzer Johannes Pritzlaff in Rzezczkowo, Bez. Bromberg, am 27. 1., 38 J.; Wilhelm Manthai, Mitglid der Gemeindevertretung der Kreuzkirche in Posen, am 31. 12., 70 J.; Kaufmann Felix Skowronsky am 31. 12.,; Gutsbesitzer August Frase in Saxaren, Bez. Bromberg, am 1. 1., 79 J.; Frau Minna Guenter, geb. Koelner, in Bromberg am 31. 12., 65 J.; Oberfeuerwehrmann a. D. Friedrich Milchmeier in Bromberg, 82 J.; Apotheker Franz Grzybeck in Berlin, aus Schneidemühl, am 9. 1., 39 J.; Frau Anna Plötz, geb. Staatz, in Schneidemühl am 9. 1., 77 J.; der frühere Gasthofbesitzer Wilh. Hagemann in Schneidemühl am 9. 1., 74 J.; Julius Temlitz, Berlin (früher Schulitz, Krs. Bromberg), am 9. 12. 1930; Fleischer Erwin Paetzold, Sohn des Fleischermeisters Rudolf Paetzold in Stendal, Elisabethstr. 29, früher Wirsitz (Bez. Bromberg), 27 J.; Kaufmann Siegfried Lesser jun. in Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 188 (früher in Posen, Mitinhaber der Maschinenfabrik Gebr. Lesser), am 18. 1., 50 J.

*

Vortrag des Herrn Pfarrer Gürtler.

Herr Pastor Gürtler in Berlin, früher in der Matthäikirche in Posen, wird Sonnabend den 24. Januar abends 8 Uhr im großen Festsaale des Mattheus-Gemeindehauses in Steglitz, Schloßstraße 44 (Haltestelle Rathaus), einen öffentlichen Vortrag halten über das Thema: „Ein Kampf auf Leben und Tod, Bilder aus den Glaubenskämpfen der evangelischen Deutschen in Polen.“ Eintritt ist frei.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Schönlanke. Durch die Erhöhung der Tabak- und Banderolensteuer befürchten die hiesigen Tabakwarenfabrikanten eine erhebliche Absatzstockung. Als Protest gegen diese Steuer ist allen Arbeitnehmern, etwa 150, ab sofort gekündigt worden.

Aus Westoberschlesien.

Gleiwitz. In der Lohnstreitigkeit im oberschlesischen Steinkohlenbergbau hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch vom 13. Januar, der eine Ermäßigung der Tariflöhne um 6 v. H. vorsieht, für verbindlich erklärt.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. In das Bromberger Heim der deutschen Pfadfinder wurde ein Einbruch verübt. Die Einbrecher stahlen nur die Wimpel der einzelnen Gruppen, sämtliche Akten, zerschlugen die **Gedenktafel** für die im Weltkriege gefallenen Pfandfinder und verwüsteten die Räume in unglaublichster Weise.

Aus Westpreußen.

Gdingen. In den frühen Morgenstunden des 19. Januar stieß bei Gdingen ein Personenzug auf einen Güterzug auf. Dabei wurden drei Personen getötet und etwa 20 Personen verletzt. Der Lokomotivführer des Personenzuges war betrunken und hatte das Signal überfahren.

Stargard (Weichselkorridor). Auf dem evangelischen Friedhof in Frankenfelde sind unglaubliche Verwüstungen angerichtet worden. Es wurden sämtliche Gedenktafeln zerschlagen, die Mauerpfeiler wurden umgebrochen, die Tore und Grabgitter gestohlen. Von sämtlichen Bäumen wurde die Rinde abgeschält, so daß die Bäume eingehen werden. Außerdem wurden einzelne Gräber widerlich beschmutzt. Die Nachforschungen nach den Tätern waren, wie üblich, erfolglos.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Ostland=Kultur" 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

	Anz. M
Landgastwirtschaft in Württ., Nähe Crailsheim (geeignet für Metzger od. als Geflügelfarm)	10 000
Villengrundstück mit Park und Gartenanlagen (geeignet als Pension, Erholungsheim oder Gärtnerei), Nähe Malente-Gremsmühlen (Holstein)	25 000—30 000
Edelpelztier-Nerzfarm i. Bayern	30 000
Wohn- und Geschäftsgrundstück in Kreisstadt Pommerns . .	20 000
Molkereigrundstück Nähe Stralsund	5000—6000
Saal- und Gartenlokal mit Fremdenzimmern in Ausflugsort von Lübeck . . .	nach Vereinb.
Hotel und Wohnhaus in der Schweiz, Kt. Thurgau . sfr.	35 000
Sägewerksgrundstück in bedeut. Industrieort, etwa 30 km von Berlin	22 000
Restaurationsgrdstck. m. Strandterrasse i. bek. Bade- u. Ausflugsort am Stettiner Haff .	50 000
Bäckereigrundstück i. Marwitz b. Zöddichow a. d. O. .	10 000—15 000
Erstklassiges Hotelrestaurant in Großstadt Norddeutschlands .	50 000
Fabrikgrundstück in Industriestadt Sachsens	17 000
Geschäfts- und Wohnhaus mit Autoreparaturwerkstatt in der deutschen Schweiz . . . sfr.	38 000
Landhaus m. Pension u. Hühnerzucht in Kurort bei Karlsruhe	5 000
Pensionshaus in Schwarzwaldkurort bei Karlsruhe . . .	10 000
Holzwarenfabrik mit Wohnhaus und Gastwirtschaft in Mittelfranken	45 000
Landwirtschaftl. Grundstück (geeignet f. Futter-, Düngemittel- u. landwirtschaftl. Maschinenhandlung) bei Arnswalde	18 000—20 000

sowie viele Hundert weitere Existenzgeschäfte, auch mit Grundstück, Landwirtschaften, Gasthöfe, Geflügelfarmen usw. in allen Gegenden Deutschlands.

Verlangen Sie kostenlos unsere illustrierten Prospekte mit ausführlicher Beschreibung!

KOCH & Co., Berlin W 10
Hohenzollernstr. 16. Tel.: Lützow 5933.

Meinen werten Landsleuten zur gefälligen Kenntnis, daß ich in **Lippehne** die frühere

Burmeister'sche Fleischerei

erworben habe und bitte Sie, mich gütigst zu unterstützen.
Ich begrüße Sie und zeichne hochachtungsvoll
Arthur Finger, Fleischermeister,
Lippehne, Kr. Soldin, Nm., Poststr. 163.
Früher Jungen, Kreis Schwetz a. d. Weichsel.

Ortsgruppe Torgau.

Am Sonnabend den 31. Januar 1931 werden wir im Saale des „**Schützenhauses**" unser

10. Stiftungsfest

festlich begehen. — Die Nachbar-Ortsgruppen, werte Landsleute und Mitglieder laden wir schon hierdurch sehr ergebenst ein, die Veranstaltung besuchen zu wollen. Den Festvortrag hat Herr Oberfachschulrat Fratzke-Dresden freundlichst übernommen.
Ostheil! **Ostbund-Ortsgruppe Torgau.** Stoll.
Besondere Einladung ergeht noch!
„Tag der Ehren!"

Der

Verein heimattreuer Pinner

feiert sein diesjähriges

STIFTUNGSFEST

am **Sonntag, dem 1. Februar 1931,** ab 5 Uhr nachmittags beim Landsmann **Ferrock, Berlin-Niederschönhausen,** Kaiser-Wilhelm-Straße 64.

Altbekanntes Gasthaus

am Fuße des **Thüringer Waldes** an **Hauptautochaussee** gelegen. **Herrlichste Gegend an berühmten Naturwundern. Enormer Fremdenverkehr,** Stadtnähe. Tadellose Gebäude und Räume, **modernste Küche,** Saal, Fremdenzimmer, **reichliche Nebengebäude, wunderbarer Naturgarten, Garagen, Schlachthaus** mit elektr. Anlage, **Großtankstelle.** Langjähr. **Besitz. Nur altershalber verkäuflich. Eine sorgenlose Lebensexistenz.** Fast schuldenfrei. Forderung 65000 M bei einer Anzahlung von ca. 25000 M. **Durch**
Wulff, Berlin S 14, Kommandantenstr. 47, Tel. Jannowitz 0274.

Gut verzinsbares

Grundstück

mit hohem Vordergebäude und Seitengebäuden im Zentrum von Potsdam ist krankheitshalber **sofort billig** zu verkaufen. Wohng., bestehend aus 4 großen Zimmern, Küche, Speisekammer, Korridor, Klosett usw., wird frei gemacht und mit übergeben. Laden kann später **auch** frei gemacht werden. Auskunft ert.
Wolff, Architekt,
Potsdam, Junkerstr. 21.

Gute Existenz!

Laden mit Wohnung, 9 Jahre letzthändig, ist altershalber in lebhafter Laufgegend mit Waren (Leder u. Schuhbedarf) und Ladeneinrichtung zu verkauf.
G. Teckel, Berlin, Cöpenicker Straße 30a.

Sehr günstig.

Zinshaus

mit freier Wohnung, Miete 2548 M. bei 8000 M. Anzahlung verkäufl. Anfragen an **Bölsch, Eberswalde,** Schließf. 31

Landgasthof

mit Saal u. Materialwarengeschäft, 25 Mg. Eigenland, 25 Mg. Pachtland, einziger Gasthof im Umkreis dreier Dörfer, nahe Kreisstadt der Neumark, sofort günstig zu verkaufen. Anfrag. an
Benno Neumann, Bernstein NM.,
Tel. 7.

Weidegut

Verpachte weg. Doppelbesitz meine 100 Mrg. große Landwirtschaft, 1½ km zur Stadt und Bahn. Schöner Viehbestand, gute Gebäude.
Stephani, Röhrsdorf, Post **Friedeberg a. Queis.** (Schlesien).

Ostmärkerin, 38 Jahre, evangl., angenehmes Wesen, sucht

Vertrauensstellung

in **achtbarer Familie, in Haus, Geschäft, evtl. Krankenpflege. Auch** gern aufs Land. Angebot unter **650** an das Ostland erbeten.

Zigarrengeschäft

tauschlos mit Wohnung krankheitshalber sofort zu verkaufen.
Tepper, Berlin, Simon-Dach-Straße 18.

Gänzl. beschlagnahme- und wohnungsamtfrei für Auswärtige und Flüchtlinge.

1 großes Zimmer

mit großer Wohnküche, groß. Balkon, Keller **u.** Bodenkammer, leer od. teilmöbliert, z. 1. März vermiet. **Mund, Seehof,** Hauffstraße 16.

Pr. Klass.-Lotterie

Lose 5. Kl.

Lüttich Staatl. Lotterie-Einnahme

Stettin, Augustastr. 8
(früher Hohensalza).

---

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung., Postkarten, Kuverts mit Firma) 4 M. Nachn.
Sterndruckerei, Bernau 24/6, b. Berlin

Landwirtschaft

40 oder 76 Mg., Bodenklasse 2, bei Alt-Landsberg, Nähe Berlin, sof. zu verkaufen. Erforderl. 10000—12000 M.
Wilh. Hasse, Berlin O 34
Richthofenstr. 23.
Königsstadt 9462

Ländlicher Gasthof

Glänzende Existenz im Freistaat Sachsen, hart **an der Heeresstraße Berlin—Köln** gelegen, Ort Marktflecken mit rund 1700 Einwohnern, **Amtsgericht, Apotheke, Ärzte usw., 1. Gastwirtschaft am Platze, einschl.** Inventar, ca. 1 Morg. Garten, mehrere Nebengebäude, Zentesimalwage, **B.V.-Tankstelle,** bei 20000 **M. Anzahlg.** weg. Todesfalls zu verkaufen, **evtl. auch** mit **Acker. Näheres durch Erich Wunsch, Ersleben, Krs. Neuhaldensleben.**

Landwirtstochter, 35 J., **dunkelblond,** 10000 **M.** und gute Wäscheaussteuer, **wünscht**

Herrenbekanntschaft

mit sicherer Existenz. Offerten **unter 644** an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift von Herrn **Ferdinand Linke** aus **Posen,** Fabrikstraße 13 oder seiner Erben?
Zuschriften erbittet
Georg Degner, Neukölln, Siriusstr. 2.
Porto wird ersetzt.

Wer kennt

die Anschrift der **Henriette Rudnicki.** Es handelt sich um ein Sparbuch der Stadtsparkasse Birnbaum. Mitteilung. unter 3572 an die Aufwertungsabteilung des Ostbundes.

Verwertung von

Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

Buchbinderei

mit Ladengeschäft, alter treuer Kundschaft, beste Lage Charlottenburgs, 23 Jahre in einer Hand, soll mit tauschloser geräumiger 3-Zimmer-Wohnung verkauft werden. Grund: Inhaber vor 4 Jahren gestorben, für betagte Witwe zu schwer. Nähere Auskunft durch

JuliusDevantier
(früher Posen),
Berlin SW 11,
Stresemannstraße 38,
Tel.: Bergmann 1903.

Wegen Auswanderung sofort zu verkaufen:

2-To.-Elektro-Mühle

mit Wohnhaus und Stall, massiv, Mühle neuwertig, 3 Mg. Land am Hause, günstige Lage, sichere Existenz, bill. Strompreis, voll beschäftigt mit Kundenmüllerei, Preis 23000 M., Anzahlung 8000—10000 M.
Gleichfalls:

Kolonialwaren- u. Spirituosenhandlung

seit ca. 70 Jahren bestehend, gr. moderner Laden, gute Verkehrslage, mit 3-Zimmer-Wohnung und reichl. Nebengelaß. Preis für Ladeneinrichtung mit Wohnungseinrichtung nur 5500 M., Warenlager ca. 3500 M. Sehr billiges Angebot. Näheres durch Selbstverkäufer. Horcher zwecklos. Persönliche Besichtigung erwünscht.

Otto Enß, Luckenwalde, Trebbiner Straße 1.

Landsleute!

Bedient Euch Eurer Organisation.

Schuldbuchforderungen Beleihung!

Verwertung zu höchsten Kursen!

Ostmärkische Spar- u. Darlehnskasse e. G. m. b. H.

Berlin SW. 11, Dessauer Straße 8.
Sprechzeit: 1—5 Uhr, außer Sonnabends.
— Bei schriftlichen Anfragen Rückporto. —

Feinste voll saftige **Apfelsinen** direkt aus dem Importhafen
Preisliste frei!
Nicolaus Jacobi, Bremen E20
gegründet 1834 Postfach 573

Zinshäuser-Besitzer,
43, l., chr., w. verm. Heir.
Off. u. 570 a. d. Ostl. erb.

In d. ca. 6500 Mrg. gr. Rentengutskolonie

Martin, Kr. Randow, Pomm.,

bei Casekow, 35 km südlich Stettin, gelangen die **letzten 2 Rentengüter** nach Fertigstellung der Umbauten zum **Verkauf.** Die Stellen sind etwa 100 und 60 Morgen groß und haben hervorragenden, auch kleewüchsigen Boden, große massive Gebäude, vollständ. leb. und tot. Inventar, elektr. Licht und Kraft, Wasserleitung sowie sehr reichliche Vorratsausstattung. Evangelische Kirche und Schule sowie Kleinbahnstation im Ort, Vollbahnstation ca. 6 km Chaussee. Anzahlung 16000 und 10000 RM., übernahme sofort. Restkaufgeld wird mit 5% einschl. ½% Tilgung verrentet und ist unkündbar. Keine Grunderwerbsteuer, keine Notariatskosten. Abzugeben durch

Deutsche Gesellschaft für innere Kolonisation, Berlin-Dahlem,
Drosselweg 1—3.

Wir haben noch einige

Bauernstellen

in der Größe von 60—70 Morgen in **Friedrichshof, Kreis Prenzlau/Um.,** und **Klein-Zastrow, Kr. Greifswald/Pom.,** mit guten Gebäuden u. Ernte abzugeben.

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund m.b.H., Berlin-Charlottenburg, 2, Hardenbergstraße 43.

Im Rentenguts-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schlesien und Westpreußen noch einige

Bauern-Wirtschaften

in Größe von 40—80 Mg. und auch kleinere Stellen frei. Außerdem werden bereits jetzt **Voranmeldungen** auf zahlreiche weitere Siedlerstellen, welche 1931 mit Ernte und Inventar übergeben werden, entgegengenommen. Bei Eigeninventar nur geringe Anzahlung. Langfristige niedrige Resthypotheken, meist 1 Freijahr.

Auskunft kostenlos durch die

Deutsche Ansiedlungsbank

Berlin-Halensee,
Seesener Straße 30.

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe

Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle

des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt **alle** Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinpl. 8031.

Pachtzinshaus

in Berlin, dicht Kaiserdamm, mit Fahrstühlen, Zentralheizung und Warmwasser, Friedensmiete 56000 RM., von einem Verdrängten, der erstmalig kauft, mit 25000 RM. zu erwerben. Gute Kapitalsanl. Existenz, da ca. 10000 RM. Überschuß. Geregelte Hypotheken. Näheres über dieses und andere auch kleinere Objekte durch

Wilh. Hasse, Berlin O 34
Richthofenstr. 23. Königstadt 9462.

Möbeltransporte

in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch, Lagerung.

Julius Schumacher Berlin W

Berlin W 30, Nollendorfplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas 6786

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Deckt Euren Bedarf an Tafelbutter, jeden Morgen taufrisch, an Tilsiter Käse, vollfett u. halbfett, an Landbutter, im Preise billiger, in Postpaketen unter Nachnahme frei Haus von der **Dampfmolkerei Engelstein,** Krs. Angerburg (Ostpr.).

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Oberbaum 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Preuß. Staats-Lotterie

Lose 5. Kl. **Haupt-Ziehung:** vom 9. Februar bis 14. März

Zu haben bei **Staatl. Lotterie-Einnehmer**

Siwinna, Berlin W 35, Potsdamer Str. 116a, Ecke Lützowstraße.
früher in Kattowitz, O./S. Tel. Lützow 3686.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland", Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 1. – 12. Jahrg. | **Nach Ostland wollen wir reiten!** | 23. Januar 1931.

Uraltes, germanisches Volksgut in der Grenzmark Posen-Westpreußen.

Von Bruno Giersche.

Reich und mannigfaltig ist das Gebiet der Volksdichtung. Ein ehrfürchtiges Alter, das Ausblicke auf verblichene Zeitläufte zuläßt, lockt den wissenschaftlichen Forscher wie den interessierten Liebhaber in gleichem Maße. Volksdichtung ist der wortgewordene Volkscharakter. In ihr enthüllt sich die verborgenste Tiefe der Volksseele mit all ihrem Denken, Sinnen, Handeln und Glauben.

Ein starkes Reis unseres hiesigen Volksgutes reicht bis in die Tage der alten Germanen zurück. Es ist dies der Schatz an alten Bannformeln und Zaubersprüchen, die ihre geheimnisvolle Macht heute noch genau so stark besitzen, wie vor 2000 Jahren. Sind sie dem Wesen nach die gleichen geblieben, so haben sie doch derzeiten ihr heidnisches Gewand abgetan und ein christliches Kleid angenommen.

Die Geschichte lehrt uns, daß die alten Germanen in den Nöten des Lebens durch Zaubersprüche die Hilfe des Himmels herabholen zu können glaubten. Ein mythischer Fall wird mit dem vorliegenden menschlichen verglichen —, die mythische Lösung durch eine herausgestellte Wortformel gleichsam auf die Erde herabgezogen. Als Beispiel mögen da die beiden Merseburger Zaubersprüche dienen, die einzigen wertvollen Reste aus grauer Vorzeit. Der eine erzählt von dem Rosse des Gottes Phol oder Balder: „Phol und Wodan ritten zu Walde; da ward Balders Fohlen sein Fuß verrenkt usw.... (Es wird nun der mythische Fall erzählt!) Zum Schluß kommt dann die eigentliche Zauberformel. Sie lautet hier: „Bein zu Beine, Blut zu Blute, Glied zu Gliedern, als wenn sie geleimt wären!" — Der zweite Merseburger Spruch sollte die Gewalt besitzen, die Fesseln der Gefangenen zu lösen.

Wir erkennen mithin, daß unsere Altvordern in jeder Not, in jeder Ratlosigkeit des Lebens einen Spruch bei der Hand hatten, mit dem sie die Hilfe der himmlischen Gewalten zu erzwingen glaubten. Als dann später der Christusglaube den Väterglauben verdrängte, da war es ihnen unmöglich, die alte tiefeingewurzelte Sitte abzutun. So hüllten sie denn mit gutem Gewissen die heidnische Beschwörung in ein christliches Gewand, indem sie an Balders oder Wodans Stelle den mächtigeren Christusnamen setzten. Und diese Art von Bannformeln sind gerade unter der Landbevölkerung der Grenzmark Posen-Westpreußen recht zahlreich nachzuweisen. Wenn man sie so selten zu Ohren bekommt, so hat das seinen Grund darin, daß sie vom Volke wie ein kostbares Heiligtum verehrt werden, das man nicht ohne Scheu ausspricht, da es ja Wunderkräfte auslösen soll. Denn mancher Leser wird es wohl aus Erfahrung wissen, daß bei der Landbevölkerung die Sprüche der sogenannten „weisen Frau" oder auch „klugen Frau" in Krankheitsfällen mehr Vertrauen finden, als die Ratschläge des besten Arztes. Und nun noch ein Wort zur Überlieferung der Zaubersprüche! — Wenn nämlich die Bannformeln heilswirkende Kraft ausüben sollen, so müssen sie — dem hiesigen Volksglauben nach — von einer Frau an einen Mann, von dem Mann wieder an eine Frau usw. vererbt werden. Hieraus erklärt sich somit die sonderbare Tatsache, daß ein Dorf für eine Generation den „weisen Mann" besitzt, während das künftige Geschlecht wieder die „weise Frau" zu Rate zieht. — Im übrigen ist es schwer, die Beschwörungsformeln zu erfahren; denn nur die wenigsten (meistenteils nur die „weise Frau" allein!) kennen sie und halten sie geheim. Wenn ich trotzdem in der Lage bin, nachstehend eine Reihe grenzmärkischer Bannformeln anzuführen, so verdanke ich deren Kenntnis einem reinen Zufall. Da oben in der nördlichen Grenzmark Posen-Westpreußen, wo im Kreise Schlochau ein alteingesessener westfälischer Bauernschlag sitzt, lebte in dem Dorfe Riesewanz solch eine weise Frau mit Namen Johanna Bünger. Das Häuschen der Alten stand neben der Besitzung meiner Großeltern, und wir beide waren immer gute Freunde. Frau Bünger war als „weise Frau" nicht nur in Riesewanz begehrt, sondern weit herum in den umliegenden Dörfern wie Dt.-Briesen, Gr.-Jenznick, Richnau, Woltersdorf usw. Da sie nun schon in den Siebzigern war, bat sie mich, wegen ihres zeitweiligen Gedächtnismangels ihr die Bannformeln in einem Kalender aufzuzeichnen. Durch diesen Umstand wurde ich mit den ersten hiesigen Zaubersprüchen bekannt. Ehe ich nun die einzelnen Zaubersprüche aufführe, möchte ich gleich vorweg bemerken, daß sie alle mit einem dreifachen Segen, der in Kreuzesform erteilt wird, abschließen.

1. Beschwörungsformel gegen die Rose.

(Mitgeteilt von Frau Johanna Bünger in Riesewanz, Kr. Schlochau.)

Gott segne die Rose!
Nicht für einerlei,
Sondern für neunerlei.
Sie soll vergehen
Wie der Tau auf dem Grase,
Wie der Tote im Grabe!

Beim Sprechen des Schlußsatzes wird die erkrankte Stelle dreimal in Kreuzesform angepustet.

Den ersten Merseburger Zauberspruch erkennt man noch recht deutlich in einer Bannformel, die durchweg von der Landbevölkerung der Grenzmark Posen-Westpreußen bei Gliederverrenkungen Verwendung findet.

Bannformel gegen Gliederverrenkung.

(Mitgeteilt von Frau Johanna Bünger in Riesewanz, Kr. Schlochau.)

Unser Herr Jesus Christ kam geritten.
Er hatte ein Bein verschritten.
Er kniete auf Sand, —
Lege den Kopf in seine Hand!

Leider ist dieser Zauberspruch unvollständig. Es fehlt ihm der letzte, wichtigste Teil, die wunderwirkende Bannformel.

Bei Schlangenbiß wird folgender Zauberspruch in der Grenzmark Posen-Westpreußen angewandt.

Maria, Mutter Gottes,
Ging in den grünen Wald.
Was tat sie da? —
Sie ging wohl unter eine Tanne!
Was fand sie da?
Ottern und Schlangen!
Gott bewahre mich
Für einen Otternbiß und Schlangenstich!

(Mitgeteilt von Frau Johanna Bünger in Riesewanz, Kr. Schlochau.)

Dieselbe Frau gebrauchte auch noch diese zweite Bannformel gegen Schlangenbiß:

Hinter jenem Sand
Spielt eine Adder und eine Schlang'.
Die Schlange stach.
Maria, die Mutter Gottes, die besprach's!

Auch diesem Spruche fehlt wieder die prägnante, abschließende Bannformel. Gegen die nasse und trockene Flechte wandte Frau Johanna Bünger nachstehenden Bannspruch an:

Du bist aus nichts geboren,
Aus dir soll auch nichts werden.
Du sollst verschwinden,
Wie der Engel verschwand,
Der Jesu Christ die Wunden verband!

Beim Sprechen der letzten Zeile wird über dem erkrankten Körperteil der dreifache Segen ausgeführt. Folgender Bannspruch wird im nördlichen Teil der Grenzmark Posen-Westpreußen gegen Wundbrand angewandt. Die Kenntnis dieses Spruches verdanke ich ebenfalls der Frau Bünger.

Brand, geh aus dem Fleisch in'n Sand,
Geh aus dem Sand in'n See.
Tu in all meinen Lebtagen
Nicht mehr weh!

Am formvollendetsten ist unser hiesiger Spruch zum Stillen des Blutes. Deutlich können wir an diesem die alte Zweiteilung a) den mythischen Fall, b) das prägnante Bannwort! — wahrnehmen. Dieser Spruch ist von allen am häufigsten anzutreffen. Ich hörte ihn in Minnenrode, Kr. Flatow, von dem Gutsschmied Becker, in Dobrin, Kr. Flatow, teilte ihn mir die Altsitzerin Frau Pischke mit. In der gleichen Fassung ist der Spruch auch im Oberland in Ostpreußen bekannt. Ich hörte ihn dort 1921 von einer Waldarbeiterfrau in Schwalgendorf, Kr. Mohrungen. Der Wortlaut, den ich nachstehend anführe, stammt von der Johanna Bünger aus Riesewanz. Abgesehen von ganz unbedeutenden Varianten stimmten alle vier erwähnten Lesarten vollkommen überein.

Bannformel zum Stillen des Blutes.

In meines Herrn Gottes Garten
Stehen drei Rosen!
Die eine ist gütig,
Die zweite ist demütig,
Die dritte ist Gottes Wille:
Blut, stehe stille!

Zwei Bannsprüche, die unsere grenzmärkische Landbevölkerung gegen Zahnschmerzen verwendet, teilte mir Frau Pauline Ladwig in Dobrin, Kr. Flatow, mit. — 1. Spruch: Der Kranke muß des Nachts hinausgehen, durch ein Sieb den Mond anschauen und dabei sprechen:

Neuer Mond ich sehe dich!
Segne mich für Zahn und Gicht!

2. Spruch: Der Kranke geht in den Keller, zeichnet mit Kohle oder Kreide drei Kreuze an die Wand und spricht bei jedem einzelnen Kreuze:

Zahnschmerz, verzieh —, vergeh —, entweiche!

Der letzte Bannspruch ist insofern beachtenswert, als an die Stelle des mythischen Falles eine sinnbildliche Handlung getreten ist, die ihre Bedeutung erst durch die prägnante Schlußformel gewinnt. — — —

Aber nicht nur im Menschenleben spielen die Zaubersprüche eine Rolle. Ihre heilwirkende Kraft soll auch den erkrankten Haustieren zugute kommen. Ist z. B. ein Tier „verrufen“ (das heißt, es zeigt trotz allen gesunden Aussehens keine Freßlust!), so nimmt die „weise Frau“ einen Eimer Wasser, ein Stück Holzkohle, eine Brotkrume und taucht Kohle und Brot in das Wasser. Geht das Brot zuerst unter, so hat eine männliche Person das Tier „verrufen“, sinkt jedoch die Kohle zuerst, so hat es eine Frau getan. Nun macht die „weise Frau“ dreimal das Kreuzzeichen über dem Brote und der Kohle, indem sie anschließend das Wasser vor dem Tiere ausgießt. Jetzt ist das Tier von dem bösen Dämon befreit und wird wieder Nahrung zu sich nehmen. Vorstehender „Widerruf“ und auch der folgende Spruch gegen den Rotlauf der Schweine wurde von Frau Johanna Bünger in Riesewanz, Kr. Schlochau, angewandt.

Bannspruch gegen Rotlauf.

Als unser Herr Jesus Christ
Noch auf Erden wandelte,
Kam er zu einer grünen Heid'.
Da sprach der Herr Jesus Christ:
„Was fehlet dem Schwein?“
Der Hirte sprach:
„Herr, sie sind alle krank!“
Da sprach der Herr Jesus Christ:
„So nimm drei Hände voll Winterkörner,
Wenn sie die noch fressen,
Dann werden sie wieder alle besser!“

Auch an vorstehender Bannformel ist der mythische Fall klar zu erkennen; aber anstatt der zauberwirkenden Schlußformel schließt dieser Spruch mit einem mythischen Rate.

Mystisch und geheimnisvoll mutet uns nüchterne Menschen des 20. Jahrhunderts diese Betätigung des Volksglaubens an —, dieses Volksglaubens, der sich durch 2000 lange Jahre bis in unsere heutige Zeit mit zähem Trotz behauptet hat. Und wir beugen uns in Ehrfurcht vor diesem Stück Ahnenkult, der uns die längstvergessenen Tage mit wachem Auge schauen läßt, da noch Wodan über unsere Fluren wandelte und in den heiligen Hainen unsere Altvordern um den Opferstein versammelt saßen.

Erinnerungen aus dem polnischen Schuldienst.

Von **Oswald Haselau**, Lehrer in Amsdorf, Mansfelder Seekreis.

I. Warum ich in Polen blieb.

„Wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot,“ und es klagt kein Hinterbliebener um seine Lieben. Wenn aber ein Menschenwerk zu Bruch geht, so bleibt immer Jammer und Klage zurück. Als 1920 uns unser Vaterland wie unwerte Hausgenossen verstieß, blieben doch auch in Westpreußen wahrlich genug deutsche Herzen voller Gram und Zorn treu und verfolgten voller Anteilnahme das Walten und Wirken im alten Vaterland, soweit es der hermetische Grenzabschluß des neuen Gebieters nur irgend zuließ. Von der Führerweisheit: „Erst mach' dein' Sach, dann trink' und lach'!“ konnten wir freilich nur die erste Hälfte ausführen; denn der Sinn für die zweite versagte bald schmählich. Am 10. Januar 1920 wurde der Kreis Briesen von polnischen Truppen bzw. Bürgerwehr besetzt. Am 9. Januar war der Grenzschutz, die ehemaligen 61er aus Thorn, die in Briesen, Treuhausen und Umgegend monatelang im Quartier gelegen hatten, abgezogen. Da weinten diesmal nicht bloß die „kleinen Mädchen“, sondern auch eisgraue Männer den Feldgrauen nach. Uns war Mutter Germania gestorben! Polonia, die neue Matka, erschien uns als Stiefmutter der Grimmschen Märchen. Diese Vorahnung sollte uns nicht trügen, trotz der süßen Worte und tönenden Proklamationen. Von ihren rechten Kindern, den „befreiten Slaven“, wurde sie natürlich mit Jubel begrüßt. Hatten doch die betreffenden „Kollegen“ schon im Frühherbst in ihren Schulen und in den Wirtshäusern begonnen, polnische Lieder einzuüben. Mit der letzten Ostmarkenzulage bezahlten sie die „Poznanska“ und „Konfederatka“, die nun allein würdig waren, ihr weises Haupt zu zieren. Girlanden, rotweiße Fahnen und weiße Adler in rotem Feld blendeten das Auge in den Städten und vielen Dörfern. — Mit der Erklärung des Belagerungszustandes reihte sich die neue Regierung den Kulturstaaten Europas würdig an. Die bisherigen Gemeindevorsteher usw. behielten vorläufig ihre Ämter, bis polnischer Ersatz beschafft war. Jeder Ort verlor sofort seinen deutschen Namen. Aus Briesen wurde Wąbrzeźno, aus Treuhausen Czaple und aus Westpreußen Pomorze-Pommerellen. Innerhalb einer Woche waren sämtliche Wegweiser und Schlagbäume rotweiß gestrichen, natürlich auf Kosten der betreffenden Gemeinden, Kreise usw. Es schlug 13 für uns; denn die Stunden wurden von 1—24 gezählt und dazu die Uhren eine Stunde vorgeschoben. Nur wenige Wochen hindurch erschienen die amtlichen Bekanntmachungen zweisprachig. Sobald die deutschen Kreisblätter unterdrückt waren, hörte diese Rücksichtnahme auf die Deutschen auf. Als ich 1923 Polen verließ, nahm nicht einmal das Gericht einen Klageantrag oder sonst ein Schriftstück in deutscher Sprache an, geschweige denn eine Verwaltungsbehörde! Als aber 1914 der Mobilmachungsbefehl in Treuhausen angeschlagen werden sollte, siehe, da fanden wir ihn auch in polnischer Sprache vor, und das in einem Dorfe, wo auch nicht ein Pole wohnte und nach fast 150 Jahren berüchtigter preußischer Germanisierungswut!! „Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!“ Viele deutsche Schulwohnungen standen bereits damals leer. Da fanden die posterunekс, die polnischen Wachtmeister, willkommene Wohgelegenheiten! Auch das Schulland nahmen diese Herren vielfach in ihre Obhut, ohne die Gemeinde viel zu fragen. Deutsche Bauern mußten es ihnen bestellen, um nicht schikaniert zu werden. Aber auch so manche Schule ging den deutschen Gemeinden verloren, trotzdem Stelleninhaber vorhanden waren. So geschah es in meiner allernächsten Nachbarschaft auf zwei Stellen. In Pfeilsdorf z. B. gab es zwei Schulen, eine zweiklassige evangelische und eine katholische einklassige. Seit 1922 sitzt nun der polnische Kollege mit ungefähr 40 polnischen Kindern in der ehemaligen evangelischen Schule, und im Klassenzimmer der Zwergschule unterrichtet ein 19jähriger Jüngling, der mit Sprachlehre und Rechtschreibung nach neunmonatigem Hilfslehrerkursus auch nur so einen „Versailler Friedensvertrag“ geschlossen hat, über 100 deutsche Schüler! Wand an Wand wohnt der polnische Wachtmeister. Wie es da mit dem deutschen Lied z. B. steht, kann man sich leicht einbilden, besonders wenn man bedenkt, daß dieser Wachtmeister eine Abschiedsfeier für den letzten „richtiggehenden“ Lehrer dieser Schule verboten hat, weil dabei das staatsgefährdende Lied: „Wenn ich den Wanderer frage“ mit dem Schluß: „Hab keine Heimat mehr“ gesungen werden sollte. Doch nun zurück zu dem Hilfslehrer. Anfänglich durfte er in der evangelischen Schule, einem Prachtbau der Ansiedlungskommission, wirken. Er mußte aber doch täglich von einem Erfahrenen beraten und geleitet werden. Dieser Erfahrene wiederum konnte doch nur der polnische Kollege sein, der doch wenigstens im Seminar gewesen war, wenn auch nur während des Krieges und dann auch nur zeitweise. Zur zweiten Prüfung mußte er sich ja auch erst noch vorbereiten, und so wurden dann gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Da es doch so überaus umständlich ist, die fünf Minuten Wegs von seiner Schule bis zur evangelischen täglich zu machen, so wurde beliebt, ihn ganz hineinziehen zu lassen. Inzwischen war aber auch sein Fräulein Schwester mit ihrer Lehrerinnenausbildung in Thorn fertig, und nach dem Worte: „Siehe, wie fein und lieblich ist es usw.“ zog sie zu ihrem Bruder auch in die evangelische Schule. Um diese Familienidylle nicht zu stören, mußte nun der Hilfslehrer ganz weichen. Und warum bin ich trotzdem in Polen geblieben? 1. Seit dem 1. April 1913 war ich in Treuhausen, Kreis Briesen, alleiniger Lehrer. Die Gemeinde war eine Gründung der Preußischen Ansiedlungskommission. Das Schulhaus war ein wahres Schmuckkästchen im Villenstil! Den Garten (1 Morgen groß) hatte ich mit eigenen Händen angelegt; er gereichte zuletzt dem ganzen Dorfe zur Zierde, besonders mit seinen Rosen- und Buschterrassen. Seiner Hände Werk gibt man nicht so leicht auf.

2. In der Nähe von Treuhausen habe ich die schönsten Jugendjahre verlebt.

3. Ich habe den Versprechungen der polnischen und auch der preußischen Regierung vertraut.

4. Ich meinte, Polen wolle doch auch ein Kultur- und Rechtsstaat sein.

5. glaubte ich in Preußen überflüssig, in Polen aber nötig zu sein, besonders auch im Interesse der Gemeinde Treuhausen. Diese war erst in den Jahren 1911—1913 entstanden. Ihre Bewohner setzten sich zusammen aus russischen Rückwanderern, Lippern, Anhaltinern und Pommern. Die Rückwanderer bildeten die große Mehrzahl. Sie waren in Rußland ungefähr auf dem Kulturstandpunkt zur Zeit ihrer Einwanderung unter Katharina II. stehen geblieben. Lesen und Schreiben war ihnen meistens hohe Wissenschaft. Ihren ganzen Briefwechsel während des Krieges habe ich zum großen Teil bewerkstelligt. Pfarrer und Lehrer waren ihnen noch Autoritäten. Mit dem Staat, d. h. den russischen Beamten, hatten sie immer auf Kriegsfuß gestanden, waren aber dabei die treuesten Leibwächter des Zaren in dessen Garde. Wie staunten sie anfänglich, wie auf dem Landratsamt, dem Gericht oder bei sonstigen Behörden ihnen nie Geld abverlangt wurde, außer wo es sich von selbst verstand. Und dann kam der Krieg! Kein Wehrpflichtiger wurde bei Nacht und Nebel aus dem Bett geholt. Es gab keine Menschenjagd durch Wald und Moor! Alles ging von allein zur Garnison, und noch dazu Millionen Freiwillige! Und die Verpflegung! Da lernten diese ehemaligen Russen ihr neues, altes Vaterland bewundern und lieben. Willig gingen auch sie in den mörderischen Weltkrieg, als sie gerufen wurden, und standen ihren Mann. Als der Krieg verloren war, kamen sie freilich ganz anders wieder heim. Auch bei ihnen hatte die Propaganda der Feinde gewirkt. Pfarrer und Lehrer hatten den ganzen Krieg über gelogen. Ihnen durfte man kein Wort mehr glauben. Aber als die Gefahr, an Polen abgetreten zu werden, immer näher trat, da wurden aus den Blutroten erst Demokraten (Nationalversammlung!), dann Nationalisten.

Als der neue Polenstaat mit den Bolschewiken auf Tod und Leben kämpfte, lag es durchaus nicht an den Gebeten und Wünschen seiner Treuhausener Untertanen, wenn er schließlich siegte. Was gab es da für kindliche Illusionen zu zerstören, was für lebensgefährliche Dummheiten zu bekämpfen und unschädlich zu machen! Allen Ernstes wurde erzählt und fest geglaubt, daß Hindenburg und Ludendorff verkappt die Bolschewiken führten und leiteten. Roßbach war eigentlich der Prinz Joachim. Ja, meinen Nachbarkollegen Zengler, der erst 1922 aus Sibirien in Pfeilsdorf ankam, wollten manche gesehen und erkannt haben, wie er an der Spitze eines Regiments in Schönsee eingerückt und weiter auf Thorn zu marschiert sei. Es wurden fürchterliche Metzeleien unter den Schweinen, Schafen und dem Geflügel angerichtet, Girlanden geflochten und diverse Flaschen bereitgehalten, um womöglich schon in der nächsten Nacht die Bolschewisten gebührend empfangen zu können; als Befreier natürlich; denn diese edlen Menschenfreunde teilten ja den Haß gegen die Polen und hatten kein heißeres Bemühen, als Westpreußen und ganz speziell Treuhausen von den Polen zu erlösen und dem deutschen Vaterlande wiederzugeben und dann befriedigt wieder nach Hause zu gehen! Also gab es da immer wieder etwas zu beruhigen und zu belehren. Schließlich lernten sie dabei aber doch wieder zu glauben und zu vertrauen.

Bald nahte dann auch die Zeit der Annullierung. Dieses Geschick betraf zunächst einige 40 Familien. Der betroffene Ansiedler erhielt da zunächst ein Schreiben aus Posen von einer Kommission — deren Dasein seine Seele bis dahin nie geahnt — mit etwa der Ankündigung: „Nach Gesetz vom 14. Juli 1920 haben wir Ihr Besitzrecht auf die Ansiedlerstelle Nummer soundso annulliert. Binnen 4—6 Monaten haben Sie dieselbe Ihrem Besitznachfolger in ordnungsmäßigem Zustand zu übergeben. Derselbe wird Ihnen nach erfolgter Taxe seitens einer von uns zu ernennenden Kommission Ihr lebendes und totes Inventar bezahlen oder sich sonst darüber mit ihm einigen." Dagegen wurde feierlich protestiert, und die gerichtliche Entscheidung fiel natürlich zugunsten des polnischen Staates aus. Da haben wir denn schleunigst auch eine Kommission gebildet, um eine gewissenhafte Abschätzung des Wertes des Inventars der Betroffenen herbeizuführen. Tag und Nacht saß da der Lehrer und füllte Taxformulare in dreifacher Ausführung aus und führte sie ihren Bestimmungsorten zu. Ebenso waren später Protokolle, Verdrängungsscheine, Möbelverzeichnisse, Frachtbriefe usw. Objekte seiner Schreibarbeit. So nötig war ich in Treuhausen, wie überflüssig in Deutschland! Diese Empfindung war und blieb der einzige Lohn für das Ausharren in Polen.

(Fortsetzung folgt.)

Wir halten deutsches Land . . .

Von **Georg Hollunder.**

Der 17. Januar war vorübergegangen, Regenwetter war eingetreten. Schnell hatte sich der Schnee verfärbt und schmolz dahin. Die Bäume, die noch soeben in strahlendem Winterglanze geprangt hatten, standen plötzlich in schwarzer, stummer Nacktheit da. Von Zweigen und Ästen tropfte die Nässe und ließ den glänzenden Stamm leicht erzittern. Aus dem gleichmäßig grauen Himmel schauerte ein durchdringender Regen hernieder, ein heftiger Wind peitschte ihn durch die Straßen der Stadt Tirschtiegel, die über Nacht zur Grenzstadt geworden war.

Mit langsamen Schritten zog der Posten der Feldwache am Bahnübergang seinen Weg. Ab und zu glitt sein Blick hinüber über die neue Grenze, entlang der Straße nach Kupferhammer, und es schien, als ob von Osten her ein Klang herüberwehte... zerrissen... wie ein sterbendes Schicksal... verzweifelte Qual in rasendem Schmerz. Ein Stöhnen bebte auf und geisterte herüber...

Doch dort hastete es heran..., zwei... drei Autos kamen mit ziemlicher Geschwindigkeit die Straße herauf.

Kurz vor der Schranke stoppte der erste Wagen. Ihm entstieg ein Oberst in französischer Uniform und fragte in gebrochenem Deutsch nach dem Kommandeur.

Der Wachthabende geleitete den Fragenden zur Kommandantur des Unterabschnittes Tirschtiegel.

Kühle Begrüßung und Vorstellung...

Dem erstaunt aufhorchenden deutschen Rittmeister erklärte der französische Offizier, daß er den Auftrag hätte, Alt-Tirschtiegel laut Friedensvertrag besetzen zu müssen.

Ein sonderbarer Blick in dem wetterharten Antlitz des Kommandeurs traf den Sprechenden und scharf erwiderte er:

„Ist Ihnen nicht bekannt, mein Herr, daß nach dem in Bentschen getroffenen Räumungsabkommen zwischen dem General Hoffmann und dem polnischen Abschnittskommandeur Alt-Tirschtiegel beim Deutschen Reiche verbleibt? Diese Bestimmungen sind für mich maßgebend. Meinen Ausführungen habe ich nichts mehr hinzuzufügen."

Kalt lächelte der französische Offizier und sagte: „Das Abkommen hat für uns keine Gültigkeit."

„Dann ist Ihnen wohl auch weiter nicht bekannt, daß nach dem Pariser Abkommen vom 11. Januar diese Vereinbarungen bis zur endgültigen Grenzfestsetzung getroffen sind und nur der Bahnhof Tirschtiegel von polnischen Truppen zu besetzen ist?" entgegnete mit gehobener Stimme der deutsche Kommandeur, und unter dem kurzgeschorenen Haar dämmerte ein ehernes Gesicht, kalt und unbeweglich.

Der französische Oberst schüttelte den Kopf und erklärte, daß, wenn die deutsche Besatzung nicht innerhalb 24 Stunden Alt-Tirschtiegel räume und über den Obrafluß zurückgehen würde, die polnischen Truppen den Befehl hätten, den Stadtteil mit Gewalt zu nehmen.

Doch unbeirrt und kurz klangen die Worte des deutschen Abschnittskommandeurs durch den stillen Raum: „W i r h a l t e n d e u t s c h e s L a n d !" Und aus der Brust des Rittmeisters sprang der heiße Quell von Liebe und Schmerz um die verlorenen deutschen Lande, rauschte wild und weh auf in tiefer Trauer, daß sein Herz sich jäh zusammenkrampfte.

Sporenklirrend und leicht mit dem Kopfe nickend verließ der Franzose das Zimmer.

Ein seltsamer Traum fiel unwillkürlich zwischen den sich entfernenden Wagen und der Stadt an der neuen Grenze...

Dem Ultimatum wurde selbstverständlich nicht Folge geleistet. Vielmehr wurde zum Schutze der bedrohten Stadt ein größeres Kommando Reichswehr aus Meseritz herangezogen und längs der Front bis südlich Naßlettel eingesetzt.

Die Truppen hatten den Befehl, die widerrechtliche Besetzung Alt-Tirschtiegels mit Waffengewalt zu verhindern.

Auf Lastautos rollte es heran, die Wacht an der deutschen Ostgrenze. Sollten sich noch einmal die wallenden Fahnen der deutschen Regimenter entschleiern? Sollte noch einmal auflodern das Fanal der Heimattreue aus Feuer, Blut und Tod?

Die Gesichter der tapferen Grenzschutzler brannten voll freudiger Erwartung. Hei, wie würden die Maschinengewehre hämmern, die Gewehrläufe bläffen, die Minenwerfer wie böse Hunde bellen...

Vergebens warteten die kampferprobten Truppen... arge Enttäuschung!

Die Polen wagten nicht, ihre Drohung wahrzumachen.

Waidmannsnächte.

Von **Paul Dahms.**

Hui — juchiii... bläkte und blähte der West. Er kam vom düsteren Hünental her, graulte um die bremsigen Wurzelberge herum und stob mit Hussa über den hohen breiten Weg hinweg in die lange und tiefe Wolfsschlucht hinein. Zwirbelte und wirbelte hier mit dem jungen Unterholz an der Ackerbreite zwischen den Fichten- und Kiefern-Waldhöhen, hielt dann wie in Ehrfurcht den Atem an vor dem Priesterweg im Birkenwinkel, kraulte schäkernd und neckend im hängenden Haargezweig der schlanken, weißen Mädchenbirken, prustete eifersüchtig den alten, struppigen Weidenkerlen am Wege eine Prise Westwindstärke ins Gesicht, jaulte hurre, hurre aufwärts die Höhen weiter und flitzte pfiffig über die Föhrenwipfel am Dreiländereck. Stob durch die weiten Talmulden zum dicken Perückenberg hinauf und benahm sich hier so tückisch, daß der behäbige Klotz fürchten konnte, der sturre West und der störrische Süd, die sich beide hier ein Stelldichein gaben, würden ihm die wetterzerzauste Kiefernperücke vom Schädel reißen.

„Hui, juchi" pfiff der West aufstachelnd dem Süd ins Ohr, „gib es dem Alten mit der Perücke! Warum macht er sich hier so massig und so herrisch breit!" Und hui juchi — da war er schon wieder im Hünental und auf den Wurzelbergen und ritt über den Breiten Berg von neuem in die Wolfsschlucht hinein. Und immer noch einmal, weil es sich hier so lustig tollen ließ. Bis er des wilden Wirbelspiels mit dem Süd um die Perücke müde schien. Denn es war Abend geworden. Nein, urplötzlich war tiefe Nacht rundum! Und dann heulte es aus schwarzem Gewölk herab, und von den Hundegründen her jaulte es hu — hu — hu... mit dumpfem Grollen. Der ganze Wald grollte eine grausige Melodei zurück. Und in wilden Akkorden mischte sich der Sang des Waldes mit dem Sturmgesang, der vom Bruche herangebraust kam. Und das brauste über Höhen und durch Schluchten den gleichen Weg, den noch vor kurzem der West entlang gepfiffen war. Es wetterte durch die Gründe, und ein dumpf drummelndes Gejaid, ein aus allen düsteren Winkeln und Ecken widerhallendes Gebrumm und Getrumm war die Gefolgschaft des Wetterers, der hier mit Hurruu — Huurruuhh durch die wipfelumrauschte und im Unterholz schäumende Wolfsschlucht fegte und jagte.

Heiho — joho! Das ist doch der wilde Jäger, der hier mit dem Chor des wilden Heeres durchs Waidrevier tost mit Joho und Wauwau!

Durch Berg und Tal, durch Schlucht und Schacht,
Durch Tau und Wolken, Sturm und Nacht!
Durch Hölle, Sumpf und Erdenkluft!
Durch Feuer, Erde, See und Luft!
Joho! Wauwau! Ho! Ho! Ho!

Das sind eines wilden Jägers Wintersturmnächte! Das sind die Nächte, die um St. Huberto beginnen und zwischen Rauhweihnacht und

Dreikönigstag enden. Das sind die Nächte, in denen hinter dunklen, zerrissenen Wolken der Mond geistert, der dann und wann die gelbe runde Fackel ansteckt, bis der West flugs neue, dicke, schwarze Wolkenballen vorschiebt. Und wettert. Wie es ihm just in seinem wilden Sinn kommt. Das sind die Nächte, in denen der wilde Jäger im Wetterbrausen durch die Lüfte jagen muß, in denen seine Vasallen, die nach der zweiten Seelenhälfte suchen und jagen, dem Führer bei seinem Erscheinen ein Horrido im Waldreviere entbieten.

Dann sind alle Geister und Kobolde im spukenden Reiche der Jagd lebendig, und im rauschenden Hochwald geht der strahlenkreuztragende heilige weiße Hirsch um.

Dann reiten all die Nebelgestalten in des wilden Jägers Gefolge durch die Gründe und lassen aufbrausen den Wald in mitternächtiger Stunde. Und der Freischütz ist auch dabei! Schallt nicht aus dem Gebell der Rüden und aus fröhlichem Jagdhörnerklang eine helle Stimme die Wolfsschlucht entlang und findet bei einem einsamen Jäger auf hoher Kanzel im Kieferngehölz tönenden Widerhall?

Ich bin vertraut mit jenem Grausen,
Das Mitternacht im Walde webt,
Wenn sturmbewegt die Eichen sausen,
Der Häher krächzt, die Eule schwebt...

Holla! Der Freischütz ruft es dir zu, du Jäger, daß jetzt nicht Zeit ist zu träumen von jenen Tagen, da dir der wilde Jäger Schutzpatron gewesen! Was schert dich heute der rote Bock und das wilde Schwein! Was sitzt du versunken wie im Anblick der Krone des Waldfreiherrn oder der blanken, abgewetzten Gewehre des alten Waffen an deiner grünen Wand! Oder träumst du von der holden Diana, die dir Wegbegleiterin war, als am Waldessaume Leberblümchen und Anemonen den Frühling einläuteten, als in schwellender glutender Reife des Sommers das waidmannsfrohe Herz in harter Brust die Liebe spürte und als einer Diana die letzten roten leuchtenden Blumen des Herbstes im bunten Reigen ein glockenhelles Lied nachsangen:

Wir winden dir den Jungfernkranz
Mit veilchenblauer Seide;
Wir führen dich zu Spiel und Tanz,
Zu Glück und Liebesfreude!

Was sinnest du Jäger zurück in die Zeit, über die jetzt der Winter die Nebelschleier webt?

Auf einsamen Wegen geht heute dein Fuß über das fahle, welke Laub. Längst ist verstummt der Blumen Glockenläuten

Lavendel, Myrt' und Tymian,
Das wächst in meinem Garten;
Wie lang bleibt doch der Freiersmann?
Ich kann es kaum erwarten.
Schöner — grüner — schöner grüner Jungfernkranz — —
Veilchenblaue Seide — veilchenblaue Seide.

Hui, wie die Blätter wirbeln im Brausen der wilden Jagd. Hui, da wird auch ein kleines weißes Blatt von der Kanzel mitwirbeln und wehen und irgendwohin Kunde tragen, was du noch gestern dachtest und schriebst:

Blumen, die am Wege blühten einen lieben Sommer lang,
grüßen, kommt der Herbst gegangen, Blüten senkend, abschiedsbang.
Tausendgüldenkraut und Nelken und am Heckenrosenstrauch
all die kleinen, krausen, roten, wilden Blüten welken auch.
Und der Heidevögel Singen klingt nicht mehr wie einst im Mai.
Wilden Sturmes rauhe Lieder haben andre Melodei.
Einsam wird die weite Heide . . . Armes Herz, du bleibe jung,
denn es blühet nun am Wege rankend die Erinnerung. . .

So lebe in der Erinnerung! Auch du wirst im Gefolge des wilden Jägers sein und auf schäumendem Rosse einer Seele nachjagen, die einst auf Erden dein Herz beflügelte. Und mit dem Hufgestampfe in brausenden Lüften wird die Erinnerung in deinem Herzen mit dir sein und höher schlagen. Das ist ein lustig fröhliches Gejaid in sturmdurchbrausten Nächten. Und im Singen und Klingen tönt von den Lippen das alte Jägerlied, das ihr so oft in froher Runde singt: „Und dennoch hat die harte Brust — die Liebe auch gespürt..."

Darum zieht ein Waidmann, der seine Kanzel in der finsteren Wolfsschlucht „Freischütz" nennt, in den von Sage und Dichtung erfüllten Nächten hinaus in sein Revier und entbietet ein Horrido der wilden Jagd, wenn sie vorüberbraust — durch Berg und Tal, durch Schlucht und Schacht, durch Tau und Wolken, Sturm und Nacht!

Neue Kalender für 1931.

Von fast allen größeren Verbänden sind zum Jahreswechsel neue Kalender herausgegeben worden. Uns interessieren hierbei naturgemäß am meisten die Veröffentlichungen, bei denen die Ostfragen im Rahmen der Sonderdarstellung besondere Beachtung geschenkt wurde.

Eine in diesem Sinn wertvolle Arbeit legt Dr. Hans Baumann vor, dessen „Deutscher Reichsbahn-Kalender" in Text und Bild vorzügliche Blätter über die Betriebsverhältnisse in den Ostbezirken bringt, zu denen sich hervorragende Einschaltungen über die Schönheit ostdeutscher Landschaft gesellen.

Der vom Verein für das Deutschtum im Ausland herausgegebene Rolandkalender zeigt wieder interessante Bilder von der deutschen Arbeit in aller Welt. Schmerzvoll berührt das Bild einer „Bamberka" aus dem Posenschen, erinnert es doch daran, wieviel wertvolles Volkstum uns durch eigene Lauheit verloren ging.

Eine verdienstvolle Arbeit finden wir in dem vom Verlage Neumann-Neudamm durch Hubert Koch herausgegebenen „Deutschen Jugend-Jahrweiser", der neben prachtvollen Bildern aus allen deutschen Gauen von den Bergen bis ins Baltikum feine Skizzen und kleine Erzählungen bringt, die so recht die starke innere Verbundenheit der vielen deutschen Stämme erkennen lassen. Der Reinertrag dieses Kalenders fließt der Stiftung für die am Grabe Walter Flex' in Peude auf Oesel zu errichtende deutsche Jugendherberge zu.

Unter den Heimatkalendern des Ostens fällt wie immer besonders der von der Landesverwaltung in Ratibor veröffentlichte „Oberschlesische Heimatkalender" auf, der ein reiches Bild der kultur- und wirtschaftspolitischen Entwicklung von Oberschlesien gibt.

Dann seien der vom Ostdeutschen Heimatdienst, Allenstein, herausgegebene „Masurische Volkskalender", der von Paul Dobbermann für die Deutsche Vereinigung im Sejm und Senat veröffentlichte „Deutsche Heimatbote in Polen" und der im Verband der deutschen Genossenschaften für Polen erschienene „Landwirtschaftliche Kalender für Polen" genannt, die neben dem unterhaltenden Teil viele wertvolle Auskünfte über die deutsche Arbeit dies- und jenseits der Grenze bringen.

Von allgemeinen Neuerscheinungen sind das Jahrbuch „Friedrich der Große" mit Erzählungen aus der preußischen Geschichte, der „Deutsche Rundfunkkalender", der einen Einblick in die innere Arbeit der Funkstellen vermittelt, der vom Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen herausgegebene Kalender „Deutsches Wandern 1931" und der wiederum sehr reich ausgestattete „Deutsche Reichspostkalender" hervorzuheben. Dr. Th.

Der „Dürer-Kalender für Kultur und Kunst" (19. Jahrgang 1931, Abreißform, Preis 2,50 M, bei Wilhelm Limpert, Dresden-A. 1) ist wiederum von Karl Maußner herausgegeben — und wiederum ein Beweis, welche Vertiefung und Beseelung auch heute noch in unserem Jahresschrifttum möglich ist. Alle innerlichen und zu überzeitlichen Werten strebenden Menschen werden eine reine Freude an Bild und Wort haben!

Einen „Gemeinnützigen Hauskalender" brachte auch für 1931 unser Mitarbeiter Heinz Schauwecker, der in unserem letzten „Ostdeutschen Heimatkalender" einen trefflichen Aufsatz über die bayrische Ostmark beigesteuert hat. Für Dr. Schauweckers für Süddeutschland berechneten Kalender ist eine reich bebilderte Abhandlung über unseren entrissenen und gefährdeten Osten von unserer Kulturabteilung zur Verfügung gestellt worden. Auf diese Weise erfährt der Süddeutsche vom Warthe- und Weichselland. (Verlag J. E. v. Seidel, Sulzbach, Oberpfalz.)

Über den vielen trefflichen Kalendern, die auch diesmal anzuzeigen waren:

Vergeßt unseren „Ostdeutschen Heimatkalender" nicht! Dr. L.

Vor meinem Kalender.

Des Blockes Blätter gleiten wie im Spiel
Mir unterm Daumen weg und knistern leise.
Es tanzen Tage, Wochen, Monde — — fiel
Hier eben nicht ein Stern in meine Kreise? —
Wie, war's ein Kreuz, das in die schnellen Blätter
Sich heimlich stahl, — das wie ein Mal
Hineingehext Freund Hein, der stumme Vetter? — —
Des Blockes Blätter gleiten sonder Zahl
Leis knisternd unter meinen Fingern hin — —
Ob wir die Zukunft tausendmal befragen
Und rätseln drin mit tief gesunknem Kinn:
Wir wollen Ja zu allen Losen sagen!
Des neuen Jahres Tage fröhlich wagen,
Ein Stern im Schicksalsbuch der andern sein!
Wird uns ein Kreuz, wir wollen's willig tragen;
So keltern wir aus bitteren Tagen Wein!

Franz Mahlke.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Franz Lüdtke, Berlin-Oranienburg. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.